ALHAMBRA ZEITUNG & PROGRAMM

JULI/AUGUST 2010

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

antimilitarismus
Interventionskultur 7

1. mai
„Einen draufsetzen" 8
Asche auf unser Haupt 11
Stadt gehört allen 13

feminismus
FrauenLesbenTransDemo Oldenburg 14
„Take back the night" 15
Grußwort an die SexarbeiterInnen 17

überwachung
Spektakel gegen Überwachung in Oldenburg 18
Zwei Monate sind genug 19

nationalismus
22 legs that make a nation 22

internationalismus
„Als AktivistIn lebt man in Südafrika gefährlich" 28
Haiti: Im Griff des Militärs 30
Thailand: Wie rot sind die Rothemden? 34

editorial

Der erste Mai ist vorbei, die Stimmung ein wenig verkatert. Seit gefühlt mindestens zehn Jahren hat's das erste Mal auf der Demo geregnet. Irgendwie lief's nicht so rund wie die letzten Jahre – reichlich Hektik auf der Demo. Einerseits hatten die Bullen scheinbar ‚ne Testosteron-Spritze zu viel und meinten, mächtig um sich hauen zu müssen und andererseits ging die Stimmung durch die fehlenden Pausen für die Redebeiträge flöten. Und dann ging auch noch die sehr gelungene Überraschung – die Besetzung zweier Häuser in der Amalienstraße – leider ein wenig im Regen, unserer mangelnden Spontanität bzw. spontanen Organisierungsfähigkeit und der fehlenden Entspanntheit der Bullen baden. Etwas ausführlich findet ihr das Ganze im Bericht zum ersten Mai auf Seite XXX, sowie auf einem seit der Besetzung kursierenden Flyer der Besetzer_innen den ihr unter stadtgehoertallen.wordpress.com findet. Dass die Häuser bereits einige Stunden nach Bekanntgabe der Besetzung geräumt wurden, ist natürlich schade, sollte aber kein Hindernis für weitere Formen der politischen Intervention sein. Also Leute, es gibt noch ein paar mehr leere Häuser, sucht euch eins aus und erkämpft euch euer Recht auf Stadt!

Einen Tag vorher, am 30. April, gab's dieses Jahr auch endlich mal wieder in Oldenburg eine FrauenLesbenTrans-Demo, die sich laut und kraftvoll die Nacht zurückeroberte – zumindest an diesem Tag. Anders als im Jahr 2006, als die Demo tätlich angegriffen wurde, gab es dieses Jahr kaum Störungen und einige Passant_innen verkündeten sogar ihren Zuspruch. Im Zuge der Vorbereitung der Demo kamen auch Diskussionen über grundsätzliche Fragen feministischer Politik auf. So beispielsweise darüber, ob es angesichts der Errungenschaften der Frauenbewegung in der BRD überhaupt noch zeitgemäß und sinnvoll ist, FrauenLesbenTrans-Organisierung mit explizitem Ausschluss der Männer zu praktizieren. Dazu läd das Vorbereitungstreffen am 25.07. zu einer öffentlichen Diskussion ein.

Vor zwei Wochen begann die Männer-Fußball-WM in Südafrika und im Windschatten des Sports werden sich die moderaten Nationalist_innen plötzlich wieder mindestens vier Wochen lang trauen, laut zu sagen, dass sie stolz sind, Deutsche zu sein. Inwieweit es schlimmer wird als bei der WM 2006, können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen, sind aber jetzt schon von den ersten Autofähnchen angepisst. Der Text „22 legs that make a nation" bietet eine kompakte Zusammenfassung zum Zusammenhang von Fußball und Nationalismus in der BRD seit 1945. Im Vorfeld der Fußball-WM konnte sich das deutsche Nationalgefühl ja mit dem Grand-Prix Sieg ‚unserer' Lena schon mal warm laufen und sich auf die „Pleite-Griechen" schon mal einschießen. Dass der wirtschaftliche Kollaps der letzteren auch wesentlich mit der deutschen Außenhandelspolitik zu tun hat, hält den nationalistischen Mainstreamdiskurs nicht davon ab, sich selbst, also ‚die Deutschen' als das Gegenteil zu den ‚südländischen', ‚faulen', ‚verschluderten', etc. Griech_innen in Szene zu setzen. Antinationalist_innen wird hingegen kaum eine Verschnaufpause gelassen. Immerhin werden die diesjährigen „Feierlichkeiten" zum Tag der „Deutschen Einheit" am 3. Oktober in Bremen stattfinden – hoffentlich nicht ohne dritte Halbzeit!

Majestätsbeleidigung? Aber bitte! ‚Unser' Bundespräsident ist zurückgetreten – und das, weil er etwas ausgesprochen hat, was sowieso allen klar ist. Es schickt sich aber bis heute nicht ungeschminkt davon zu sprechen, dass Deutschland Krieg führt um ökonomischen Vorteil zu erlangen. Bei Horst Köhler hörte sich das dann so an: „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen."

Die Fadenscheinigkeit dieser Empörung wird auch dadurch deutlich, dass an der Carl von Ossietzky Universität, deren Namensgeber sich im Grabe umdrehen würde, in aller Öffentlichkeit zum Thema Interventionskultur geforscht wird. Hinter diesem erstmal nichtssagenden Namen verbirgt sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Michael Daxner, die dazu forscht, wie in Kriegsregionen Besatzungsregime aufgebaut und etabliert werden können. Diese Arbeitsgruppe bezieht sich dabei nicht zuletzt auch uneingeschränkt positiv auf die Praxis von Kolonialländern, wie zum Beispiel Frankreichs in Algerien. Dort hatte Frankreich bis 1962 – wie inzwischen auch in der französischen Mainstreamöffentlichkeit eingestanden wird – Lager eingerichtet, Folter im großen Stil praktiziert, Dörfer als Kollektivstrafe niedergebrannt, Massaker an bis zehntausend Zivilist_innen in einer Stadt verübt und das ganze auch noch als zivilisatorische Mission verkauft. Allein im Algerienkrieg von 1954 bis zum Sieg der Unabhängigkeitsbewegung tötete die französische Kolonialmacht 1,5 Millionen Algerier_innen. Die Arbeitsgruppe Interventionskultur bietet in jedem Fall mehr als einen Anlass zur konkreten Intervention.

Einige Hintergründe zur Situation in Thailand liefert der Text „Wie rot sind die Rothemden?". Mittlerweile ist das Thema ja wieder aus den (deutschen) Medien verschwunden – allerdings ohne erwähnt zu haben, dass die Parteistiftung der FDP, die Friedrich-Naumann-Stiftung, nach Kräften die Profiteure des Putsches von 2006 unterstützt. Besonders die Democrat Party von Premierminister Abhisit, die 2008 mit Hilfe des Militärs an die Macht kam, wird von ihr hofiert. Nun ist es zwar nichts Neues, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung Putschisten und Militärs überall auf der Welt unterstützt (siehe dazu auch ihre Verstrickungen in den Staatsstreich in Honduras in der Ausgabe November 2009), erwähnenswert finden wir es aber doch.

Viel Spaß mit der Ausgabe und einen wunderschönen Sommer wünscht euch

Eure Alhambra-Redaktion

Gedenkveranstaltung in Esterwegen

Esterwegen Am 8. Mai fand – wie jedes Jahr zum Tag der Befreiung vom Nazi-Faschismus – auf dem Friedhof des ehemaligen KZ Esterwegen eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt. Die unter dem Motto „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" gestandene Kundgebung, an der etwa 200 Menschen teilnahmen, wurde von der „Deutsch-Niederländische Initiative 8. Mai" organisiert. Reden hielten unter anderem Kurt Beck, der Leiter des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager (DIZ) ist, Carla van Os, die als Juristin für Defence for Children International in den Niederlanden arbeitet und der Moorsoldat Hans Lauter, der mittlerweile 95 Jahre alt und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Sachsen ist. Die Kundgebung wurde mit dem gemeinsamen zweisprachigen Singen des Moorsoldatenliedes abgeschlossen. Bleibt noch zu erwähnen, dass aus Oldenburg etwa 40 Menschen in einem Reisebus angereist waren.

ALSO, ver.di und Milchbäuer_innen gemeinsam auf der Straße

Oldenburg Am 29. Mai gab es unter dem Motto »Milch, Macht, Mindesteinkommen«eine gemeinsame Kundgebung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) und der Vereinten Dienstleistungsgesellschaft ver.di auf dem Osternburger Markt. Die NWZ schrieb dazu: „Die Zusammensetzung der Veranstalter erschien zunächst etwas ungewöhnlich (…). Doch die Zusammenhänge wurden den rund 150 Besuchern in den Reden der Vertreter schnell deutlich gemacht. Denn wer den Milcherzeugern einen fairen Preis zahlen möchte, der braucht dafür auch das nötige Einkommen. Und hier kommen ALSO und Verdi ins Spiel. Guido Grüner von der ALSO forderte eine Anhebung der Regelsätze von Hartz 4. Nur so sei eine gesunde Ernährung für die Erwerbslosen überhaupt möglich. Heike Klattenhoff (ver.di) kritisierte die Niedriglohnpolitik großer Lebensmittel- und Drogeriediscounter. Gerade junge Frauen mit befristeten und Teilzeit-Stellen würden unter den Niedriglöhnen leiden." Auch die Hungerlöhne und die beschissenen Lebensbedingungen der migrantischen GemüsearbeiterInnen in den riesigen Plastikgewächshäusern Europas, sowie die logische Notwendigkeit eines gemeinsamen Widerstandes über alle (Länder-)Grenzen hinweg wurde thematisiert.

Erschienen war neben diversen Treckern auch ein relativ breites Spektrum an Leuten, welches ebenfalls in der „Zusammensetzung zunächst etwas ungewöhnlich" erschien und für diversen Diskussionsstoff sorgte. Während in der sozialen Frage relativ viele Gemeinsamkeiten bestanden, führte die Anwesenheit der schwarz-rot-goldene Pappmaschee-Kuh „Faironika" zu wohl selten geführten Nationalismus-Debatten z.B. zwischen ostfriesischen LandwirtInnen und Oldenburger Autonomen. Und bei allen vorhandenen Differenzen zeigte sich doch, dass zumindest die anwesenden Bäuer_innen nicht dem Klischee der heimatschollen-fixierten, völkischen Deutschtümler entsprachen.

[regentied]

Patriachale Gewalt

Niedersachsen Während die Medien voll sind mit dicken Artikel über „linksextreme Gewalt" und „Problemfans", welche angeblich ständig die Bullerei grundlos mit brutalster Gewalt angehen, kommt eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes in Niedersachsen (KFN) zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte" zu einem etwas anderen, nicht wirklich überraschenden Ergebnis. Die gefährlichsten Gegner_innen für deutsche Polizist_innen sind nicht Demonstrant_innen oder Hooligans, sondern schlicht und einfach Ehemänner. Bei polizeilichen Einsätzen wegen „häuslicher Gewalt" (der offiziellen Bezeichnung für: Mann verprügelt und/oder vergewaltigt seine Frau) erlitten genauso viele Polizist_innen schwere Verletzungen wie bei Demonstrationen und Einsätzen rund um Fußballstadien zusammen. Dabei stieg die Zahl der Fälle, in denen Polizist_innen bei Einsätzen wegen „häuslicher Gewalt" mindestens sieben Tage lang dienstunfähig waren,

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

zwischen 2005 und 2009 um fast 80 Prozent an. Als konkreten Grund für den hohen Anstieg wird das 2002 erlassene sogenannte „Gewaltschutzgesetz" gesehen, welches Ehefrauen endlich ermöglicht, ihre gewalttätigen Männer von der Polizei aus der Wohnung entfernen zu lassen.

[regentied]

Grillfest auf der Lz0

Oldenburg Am Sonntag, den 20.06.2010, fand auf und neben dem ehemaligen Sparkassengebäude an der Donnerschweer Straße 108 ein Grillfest statt. Ein Teil der Grillliebhaber_innen machte es sich auf dem Dach bequem, während sich etwa 30 Leute auf der davor liegenden Privatwiese amüsierten, indem sie ebenfalls delikate Tofu-Gemüsespieße grillten, sich angetan unterhielten sowie Frisbee spielten.

Als Gründe für die Aktion an dem seit über einem Jahr leer stehenden Gebäude wurde in einem Flugblatt angeführt: „Erstens, weil wir gerne Grillen und es einfach lecker und nett ist. Und zweitens, weil wir damit unserer Unzufriedenheit symbolisch Ausdruck verleihen wollen. Unzufrieden sind wir nicht zuletzt damit, dass es in Oldenburg z.B. über 100 Menschen unter 25 Jahren gibt, die auf der Straße leben, während Häuser leer stehen, weil irgendwer damit noch Gewinn machen will. Unzufrieden sind wir auch mit der Nutzung des öffentlichen Raums. Auch unabhängig von polizeilicher Kameraüberwachung findet eine Vertreibung, Normierung und Disziplinierung statt."

Die Grillliebhaber_innen sprachen sich mit ihrer Aktion auch gegen steigende Mieten und die Kommerzialisierung öffentlicher Räume aus. Die Grillmeisterin Anna fand darauf die treffende Erklärung: „Was ist eigentlich das Grillen auf einer Bank gegen die Gründung einer Bank?"

Umsonstfahrer_innen-Versicherung jetzt auch in Paris

Paris Nachdem es in Stockholm schon seit einigen Jahren eine Gewerkschaft von Umsonstfahrer_innen gibt, organisieren sich nun auch in Paris und anderen französischen Städten Umsonstnutzer_innen der Bahnen und Busse in mehreren Gruppen von 10 bis 30 Mitgliedern um die anfallenden Strafgebühren gemeinsam zu tragen. Die Versicherung funktioniert nach dem Solidaridaritätsprinzip. Jede_r zahlt jeden Monat 7 Euro in eine Gemeinschaftskasse, aus der die Strafen der Mitglieder beglichen werden. Gleichzeitig kämpfen die organisierten Umsonstfahrer_innen für die kostenlose Nutzung der Verkehrsmittel. Sie fordern, dass der öffentliche Nahverkehr wie die Schulen und die medizinische Versorgung allen zugänglich sein müsste. Auf den regelmäßigen Treffen der Mitglieder tauschen sie ihre Tricks aus durch die Absperrungen in den Metrostationen zu gelangen. Darüber hinaus planen sie Veranstaltungen und direkte Aktionen.

Die Krise heißt Kapitalismus

Berlin / Stuttgart Am 12. Juni demonstrierten in Berlin 15 000 bis 20 000 und in Stuttgart 10 000 bis 20 000 Menschen gegen die Krisenpolitik der Regierung und die Umverteilung von unten nach oben, wie sie auch in dem wenige Tage vor den Demos verabschiedeten größten Sparpaket in der Geschichte der BRD zum Ausdruck kam. »Die Menschen akzeptieren nicht, dass sie für die neoliberale Politik, die in die Krise geführt hat, zahlen sollen, während Banken und Konzerne als Verursacher ungeschoren davon kommen«, sagte Christina Kaindl, Sprecherin des Berliner und des bundesweiten Bündnisses ›Wir zahlen nicht für eure Krise!‹.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

In Berlin kam es zu den fast schon üblichen Provokationen der bezahlten Hooligans. Als allerdings ein so genannter »Polen-Böller« zwischen ihnen explodierte und mehrere Polizist_innen verletzt wurden, machte die Presse – ohne die Dementi der ermittelnden Staatsanwaltschaft zu beachten – gleich ein »Splitterbombe« draus.

Zu dem Bündnis gehören neben Attac, ver.di, der Linkspartei und dem DGB auch mehrere antikapitalistische Gruppen. Als der SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel seine Rede auf der Stuttgarter Demo halten wollte, wurde er aus einem Block von rund 80 Menschen mit Eiern, Flaschen und Fahnenstangen beworfen.

2. Verhandlungstag im Christival-Prozess

Bremen Am 10. Juni 2010 fand im Verwaltungsgericht Bremen der 2.Verhandlungstag gegen den Polizeieinsatz während des Christivals 2008 statt. Damals wurde eine queer-feministische Protestaktion gegen eine Christival-Veranstaltung auf dem Marktplatz von der Polizei angegriffen. Die Klage richtet sich gegen den Polizeieinsatz, sowie gegen zwei Ingewahrsamnahmen.

Während am ersten Verhandlungstag im Januar die beiden Kläger_innen gehört wurden, wurden an diesem Verhandlungstag Zeug_innen beider Seiten gehört, davon fünf Polizist_innen und zwei Aktivist_innen. Nach der insgesamt 10-stündigen Zeug_innenbefragung wurde die Verhandlung erneut vertagt. Der nächste Verhandlungstag wird voraussichtlich im September stattfinden. An diesem Tag wird noch mindestens ein weiterer Zeuge der Polizei gehört. Außerdem wird es um die Frage gehen, ob es sich in den Augen des Gerichts bei der Protestaktion um eine politische Versammlung gehandelt hat, oder nicht.

Farbe für die Bundeswehr

Bad Oeynhausen Am 19. Mai tränkte eine größere Gruppe Aktivist_innen kurz vor Beginn der Ausbildungsplatzbörse„Step One“ auf dem Aqua-Magica-Gelände den Infotruck und einen Militärjeep der Bundeswehrwerber mit literweise blutroter Farbe und bereitete der heutigen militärischen Rekrutierung das direkte Aus. Die Fahrerkabine wurde geöffnet und mit „Feuerlöschern“ unter Farbe gesetzt. Danach wurden der Auflieger und das daneben geparkte Militärfahrzeug innen und außen eingefärbt. Die Reaktion der SoldatInnen war zurückhaltend. Die Aktivist_innen konnten die Szenerie problemlos verlassen. Ein Polizei-Hubschrauber kreiste nach 20 Minuten vergeblich über dem Platz.

Schließung des Abschiebelagers Blankenburg?

Oldenburg Die Meldung zur Schließung des seit 1990 vom Land Niedersachsen betriebenen Abschiebelagers Blankenburg, in denen Menschen unter widrigen Bedingungen leben, ausgeschlossen, isoliert und entrechtet werden und wurden, erfreute die antirassistischen Gemüter. Der „Abschiebeminister“ Schünemann will Oldenburg zur Unterbringung von 320 Flüchtlingen verpflichten. Die Stadt hält die Unterbringung „kurz- und auch mittelfristig“ angesichts der Wohnraumsituation allerdings nicht für möglich und will nun das Abschiebelager übergangsweise unter städtischer Regie weiterbetreiben. Die Stadt erklärte, dass sie innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahren die Bedingungen für eine „dezentrale Unterbringung im Stadtgebiet, mindestens aber in mehreren kleineren Gemeinschaftsunterkünften“ schaffen wolle.

Für diese Übergangsphase will die Stadt jedoch eine „Kooperationslösung“ mit dem Land erreichen. Sie soll schon in den nächsten Wochen erarbeitet und dann mit dem Ende des Mietvertrages des Landes im Juli 2011 in die Tat umgesetzt werden. Die Stadt will dem Land diese Lösung schmackhaft machen, indem sie bei gleichzeitiger Kosteneinsparung auch den Betrieb des„Abschiebevollzugs“ und der„Infrastruktur“ aufrechterhalten will. OB Schwandner verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Möglichkeit, das „Landespersonal“ weiter zu beschäftigen. Weniger Augenmerk richtet die Stadt hingegen offensichtlich auf die Situation der Flüchtlinge, die in dieser

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Übergangszeit weiterhin in der Lagerisolation leben sollen. Und wer weiß, ob nach dieser Übergangszeit die Pläne für eine dezentrale Unterbringung tatsächlich realisiert werden.

Abschiebelager niederreißen!

Institutionalisierten Rassismus bekämpfen – überall!

Mensa entfahnt

Bremen Seit beginn der Fußball WM hat das Studentenwerk Bremen die Mensa der Bremer Universität am Boulevard mit einer Flut von Deutschlandflaggen behängt. Nachdem der AStA die Verantwortlichen auf die Problematik hinwies, reagierten diese mit einer lächerlichen „Internationalisierung" des Fahnenmeers in Form einer kleinen Girlande mit Fahnen anderer Nationen, die über dem Eingang des „Free-Flow-Bereichs" aufgehängt wurde. Eine Gruppe von Student_innen sah dies nicht als Verbesserung der Situation an und wurde deshalb selbst aktiv. Am 22. Juni 2010 entfernten sie alle Nationalfahnen in der Mensa. Um eventuellen Rangeleien mit in ihrer (Fußball-)Ehre gekränkten Fans aus dem Weg zu gehen, wurde die Aktion vor der Öffnung der Mensa durchgeführt. Das anwesende Personal war vor allem verdutzt, leistete aber keinen Widerstand. Um sich gegenüber den Mensagästen zu erklären, wurden kleine Flyer verteilt, welche den politischen Kontext der Aktion verdeutlichen sollten.

[end of road]

30 Jahre Republik Freies Wendland und Castortransport im Herbst

Wendland Am ersten Juniwochenende feierte die „Widerstandsrepublik Freies Wendland" ihr 30 jähriges Bestehen. Erinnert wurde an die Platzbesetzung auf der „Bohrstelle 1004" im Jahre 1980, die nach nur 33 Tagen brutal geräumt und planiert wurde. Bei der Räumung des Hüttendorfes kam es zum bis dahin größten Polizeieinsatz der BRD mit 10 000 Bullen. Während des Jubiläumswochenendes wurde in Gorleben für den Atomausstieg und gegen Gorleben als Standort für ein nukleares Endlager protestiert, indem das Erkundungsbergwerk symbolisch umzingelt wurde.

Anfang Mai wurde ein Transport von elf Castor-Behältern in das Zwischenlager Gorleben für dieses Jahr vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) genehmigt. Wie in den vergangenen Jahren wird der Transport für diesen November erwartet. Die Vorbereitungen für Proteste gegen den Castor-Transport haben bereits begonnen. Bis zum Tag X ist es zwar noch etwas hin, aber unter contratom.de/castor und castor2010.org könnt ihr euch über den aktuellen Stands des Castor-Transports und den Widerstand informieren. Ihr müsst bis zum Herbst aber nicht untätig bleiben. Denn es wurde bei der Bergbaubehörde ein Antrag für den Weiterbau des Endlagers im Salzstock Gorleben gestellt. Nach Bekanntwerden des Bescheids über den Weiterbau (frühestens drei Tage / spätestens neun Tage danach) soll es einen Aktions-Samstag mit Straßenblockaden und anderen Aktionen im Wendland geben. Haltet die Augen und Ohren für weitere Ankündigungen auf und schaut auf wendlandblockade.ucrony.net.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Interventionskultur

Die am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg angesiedelte „Arbeitsstelle Interventionskultur" beschäftigt sich nach eigener Aussage mit den „sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen". Wie die wissenschaftliche Einrichtung weiter ausführt, liegen ihre „regionalen Schwerpunkte" in Afghanistan, in der serbischen Provinz Kosovo und in Liberia. Der Leiter der Arbeitsstelle, Professor Michael Daxner, war bereits selbst für die in Afghanistan engagierten westlichen Besatzungsmächte tätig: Unter seiner Ägide entstanden 2004 sowohl die Statuten für die Konferenz der afghanischen Hochschulrektoren als auch die „Grundordnungen" für die dortigen Universitäten.

Forschungsnetzwerk

Über das maßgeblich von ihr initiierte „Netzwerk Interventionskultur" ist die Oldenburger Arbeitsstelle mit zahlreichen anderen akademischen Institutionen verbunden, die im Dienst westlicher Besatzungsstrategen stehen. Zu ihren Kooperationspartnern zählen die Deutsche Stiftung Friedensforschung, das Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, der Sonderforschungsbereich 700 der Freien Universität Berlin und der maßgeblich von der Bundeswehr gestaltete Studiengang „Military Studies" an der Universität Potsdam. Wie die genannten Einrichtungen ist auch die Oldenburger Arbeitsstelle der Ansicht, dass das Prinzip der völkerrechtlich garantierten Staatensouveränität längst „ad acta gelegt" ist, weshalb Verstöße dagegen als „legitim" zu gelten haben.

Sozialreform

Westliche Militärinterventionen wie in Afghanistan werden von den in der Oldenburger Arbeitsstelle beschäftigten Soziologen als groß angelegte „Sozialreformprojekte" verstanden. Ziel sei eine durchgreifende „Modernisierung" der betroffenen Gesellschaften nach westlichem Vorbild. Die französische Kolonialpolitik in Algerien dient den Forschern dabei als Lehrbeispiel: Zwar fehle bei aktuellen westlichen Besatzungsregimes das „Moment der offenen Kolonisation", dennoch liefere der „algerische Fall" zahlreiche „wichtige Informationen", heißt es. So seien etwa die französischen „Reformen" und „Modernisierungsversuche" daran gescheitert, dass sie „mit dem Habitus der Adressaten der Reform zu sehr im Konflikt standen". Um diese zum Erfolg zu führen, sollen die Besatzungsmächte einerseits eine gewisse „Sensibilität für kulturelle Faktoren" an den Tag legen und andererseits die rigide „Durchsetzung eines Gewaltmonopols" gewährleisten – auch unter Inkaufnahme ziviler Opfer. Auf deutscher Seite bestehe in diesem Zusammenhang allerdings ein gewisser „Nachholbedarf an Wissen, das die ehemaligen Kolonialmächte noch gespeichert haben", heißt es.

Viele Opfer

Das für Afghanistan anstehende Modernisierungsprojekt beschreiben die Forscher als „Staatsgründung nach westeuropäischem Muster" – inklusive eines „Krieg(es) um die Herstellung eines Gewaltmonopols". Man dürfe nicht vergessen, heißt es, dass „auch im Westen" die „internen Staatsgründungskonflikte" nicht nur „viel Zeit", sondern auch „viele Opfer" gekostet hätten – in Afghanistan werde dies „nicht anders" sein. „Für einen starken westlichen Staat muss man bei Frieden und Sicherheit Abstriche machen – wenigstens während der ‚heißen' Staatsgründungsphase. Aber die kann sehr lang dauern." Bei der „Staatsgründung" zu berücksichtigen sei außerdem, dass die vom Westen propagierte „Demokratisierung" der gesellschaftlichen Verhältnisse „nie bereits die Konfliktlösung" sei, „sondern im Gegenteil ein weiterer Katalysator für Unruhe und Gewalt".

Aus Fehlern lernen

Der von den westlichen Besatzungsmächten in Afghanistan mit äußerster Grausamkeit geführte „Krieg gegen die Insurgenten" wird von der Arbeitsstelle folgerichtig als notwendig und unausweichlich eingestuft. Die „eingesetzten Mittel" müssten allerdings „hinterfragt werden", heißt es. Man dürfe „nicht denselben Fehler machen" wie die sowjetischen Invasoren und nur auf die eigene „Luftüberlegenheit" setzen, erklären die Sozialforscher: „(D)ie als wahllos wahrgenommenen Bombardements haben den afghanischen Widerstand angefacht und am Leben gehalten – trotz der militärischen Erfolge."

Der Namensgeber

Die Universität Oldenburg, an der die „Arbeitsstelle Interventionskultur" beheimatet ist, trägt den Namen des Publizisten Carl von Ossietzky. Für sein politisches Wirken wurde Ossietzky am 23. November 1936 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – in Abwesenheit: Der engagierte Antimilitarist lag zu diesem Zeitpunkt in einem Berliner Gefängniskrankenhaus, in das man ihn nach einem mehrjährigen Aufenthalt in NS-Konzentrationslagern eingeliefert hatte. Ossietzky starb am 4. Mai 1938 an den während der Lagerhaft erlittenen Misshandlungen.

www.german-foreign-policy.com

AUTONOMER 1.MAI

„EINEN DRAUFSETZEN“

Zum mittlerweile 15. Mal gab es in Oldenburg eine autonome 1. Mai-Demo – wie immer natürlich unangemeldet. Unter dem Motto »Stadt gehört uns allen – solidarisieren/organisieren/aneignen – weltweit!« trafen sich ab 12 Uhr über 500 Leute in der Kaiserstraße am Bahnhof. Ein Großteil der Anwesenden outete sich mit kleinen Klebeschnipseln als ihre eigene »Demo-Leitung« und machte so klar, was sie von Stellvertreter_innen-Politik halten. Die Demo bestand aus einem Kindertrecker für die kleinere Fraktion, einem LKW der umzugsgefährdeten Wagenburg und jeder Menge Jung- und Alt-Autonomen, linken GewerkschafterInnen, Leuten aus dem antirassistischen Spektrum, aus sozialen Basisgruppen, aus der feministischen Bewegung… Also aus SchülerInnen, StudentInnen, Lehrlingen, Arbeitslosen, prekär Beschäftigten und ArbeiterInnen – mit und ohne deutschen Pass. Aus Menschen eben.

Nach einer kurzen Auftaktrede ging es relativ zügig und ohne die sonst üblichen Bullen-Nervereien zum Pferdemarkt, wo es dann die ersten längeren Redebeiträge gab. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Stimmung nicht sonderlich kämpferisch. Ob das nun am – für Oldenburger 1. Mai-Verhältnisse – schlechten Wetter oder der nicht so brillianten Lautsprecheranlage lag, bleibt wohl ein Geheimnis.

Vom Pferdemarkt aus sollte es nun durch die Heiligengeiststraße auf den Wallring gehen. Sollte. Doch die Einsatzleitung der Polizei hatte was dagegen und mehrere quergestellte Polizeibullis und teils rüde Prügelattacken der Polizei-Spezialeinheit BFE mit mehreren Verletzten auf Seiten der DemonstrantInnen machten ein Durchkommen unmöglich. Der wahrscheinliche Grund für das panische und brutale Agieren der Bullerei an dieser Stelle ist wohl auf eine der erst am Donners-

installierten polizeilichen Überwachungskameras zurückzuführen. Diese wurde am 3. Mai offiziell der Presse vorgestellt – und befindet sich nunmal direkt an der Kreuzung Heiligengeiststraße/Wallring. Und obwohl reichlich Cops anwesend waren und die Kamera auf einem etwa 8 Meter hohen Mast mit Klettersperre montiert ist, wurde wohl befürchtet, das Einige den kursierenden Demontageaufruf praktisch umgesetzt hätten. Wie dem auch sei – die Demo jedenfalls zog – unterbrochen von mehreren Redebeiträgen – stattdessen über die Peterstraße zum Wallring und von dort aus auf den Rathausplatz. Hier gab es ein solidarischen Zusammentreffen mit den Resten der DGB-Demo/Kundgebung, an welcher sich wohl 450 Leute beteiligt hatten. Nach einer längeren Kundgebung ging es bei nun einsetzenden fiesen Regen Richtung Alhambra.

Auf der Amalienstraße angekommen machte sich plötzlicher Jubel breit. Aus den Fenster der Häusern Amalienstraße 14 und 16 flatterten Transparente und mehrere Maskierte gaben bekannt: »Besetzt! Stadt gehört allen und die Häuser denen, die sie brauchen!«.

Spontan beschloss die 1. Mai-Demo ihrem eigenen Motto nun auch Taten folgen zu lassen und so wurde kurzerhand das eigentlich am Alhambra geplante Straßenfest direkt zu den bestzten Häusern und damit auf die Amalienstraße verlegt. Trotz des massiven Regens verwandelten die zu diesem Zeitpunkt noch etwa 400 DemonstrantInnen die triste Straße in eine chillige, wenn auch äußerst nasse Festlocation. Wie aus dem Nichts tauchen Tische und Bänke, Pavillions und ein üppiges Büffet auf der Amalienstaße auf. Die Bullen fanden das alles garnicht gut, zogen jedoch ersteinmal nur mit einem semipermeablen Kessel auf.

Doch die vermeindliche Ruhe hielt nicht lang: An den Kesselrändern kam es immer wieder zu teils handfesten Provokationen der Bullerei. Nach etwa einer Stunde tickten die Cops dann ganz durch. Ohne Anlaß oder irgendeine Androhung stürmte das Oldenburger BFE einen direkt vor den besetzten Häusern befindlichen Pavillion. Die etwa 20-30 Leute, die unter dem Pavillion auf besseres Wetter warteten, wurden mit Knüppeln, Tritten, Schlägen und unmengen Pfefferspray angegangen. Die Bilanz waren über 20 Leute mit großeren Blessuren, die von den anwesenden Demo-Sanis versorgt werden mussten. Die Oldenburger Polizei zeigte einmal mehr ihr wahres Gesicht.

Nachdem der Einsatzleiter Norbert Münch unmissverständliche Drohungen gegen das Straßenfest, bei welchem sich noch immer eine bunte Mischung an Leuten aufhielt, aussprach und weitere Prügelbullen von außerhalb zur Verstärkung anforderte, wurde nach etwa zwei Stunden das Straßenfest dort beendet und gegen 16 Uhr der Rückzug ins Alhambra angetreten.

Nur eine Stunde später brachen dann über hundert Leute wieder auf, um die drohende Räumung der Häuser irgendwie abzuwenden. Es konnte aufgrund der Bullenabsperrungen jedoch nur ein wenig Chaos gestiftet werden. Die Räumung der Häuser verlief, bis auf massive und absolut unnötige polizeiliche Sachbeschädigungen im Inneren der Häuser, relativ zivilisiert. Die 13 Besetzer_innen mussten nur ihre Personalien abgeben und zu einem kurzen Fotoshoot antreten – zu Verletzungen oder größeren Schikanen kam es zum Glück nicht. Nach dieser Prozedur wurden »die wilden 13« von einer auf sie wartenden Solidemo im Empfang genommen und kräftig bejubelt.

Die Polizei halluziniert nun von »gewaltsamen Attacken gegen Polizisten« und kündigte Landfriedensbruchs-Ermittlungen gegen verschieden Demonstrant_innen, sowie Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung gegen die Besetzer_innen an. Ein Polizeisprecher äußerte sich mürrisch zu der alljährlichen autonomen Demo und versteifte sich auf die Aussage, dass die linksautonome Szene in Oldenburg »Jahr für Jahr einen drauf[setzt]«. Andere sehen es wohl eher so, dass die polizeilich-organisierte Szene in Oldenburg »Jahr für Jahr einen drauf[setzt]« – und zwar in punkto Gewalt und Brutalität. An die 30 verletzte Demonstrant_innen sprechen da wohl eine deutliche Sprache.

Quelle:
www.regentied.blogsport.de

Infos zur Besetzung:
stadtgehoertallen.wordpress.com

Asche auf unser Haupt

Diese Rede wurde von der ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) am 1. Mai gehalten.

Vierzig Prozent aller Exportgüter aus Deutschland werden mit Flugzeugen in die ganze Welt transportiert, Maschinen, Stahl, Chemie, Milchpulver, Rüstungsgüter.

Blumen aus Afrika, Hummer aus Asien, Kaffee, Früchte aus Südamerika kommen mit Flugzeugen zu uns nach Europa.

Ein Vulkan speit mal kurz Feuer und Asche, und schon liegt der gesamte Flugverkehr über Europa lahm. Der gigantische Moloch des kapitalistischen Marktes gerät ins Stocken, und wir haben einen kurzen Blick auf das Ausmaß des globalisierten Kapitalismus, auf den perversen Überfluss hier, der krasser Armut dort gegenübersteht – aber auch darauf, wie empfindlich diese ganze Veranstaltung ist. Wie wenig bedarf es, um den Fluss der kapitalistischen Warenwirtschaft zum Stillstand zu bringen? Welches Chaos wird es geben, wenn tatsächlich bald die fossilen Energieressourcen auf der Erde verbraucht sind?

Nun startet die kapitalistische Weltwirtschaft wieder durch. „Zack – der erste Mai steht vor der Tür, und immer noch müssen wir uns über denselben Scheiß beklagen“ ?

Über denselben Scheiß? Haben wir nicht vor einem Jahr noch über die Chancen der Krise geredet und gesagt, dass die Krise antikapitalistisches Bewusstsein fördert? Dass die Krise des Kapitalismus die Stunde der Linken ist?

Während wir noch rufen „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ hat der Bauer in Indien seine erpressten Schulden beim Saatgutkonzern Monsanto mit Selbstmord bezahlt, bezahlen die Menschen im Kongo, im Sudan oder in Angola den Reichtum ihrer Länder an Diamanten, Öl oder Tropenhölzern mit Krieg, Ausbeutung und Vergewaltigung, bezahlen die Bauern in Lateinamerika unseren Fleischkonsum mit der Vertreibung von ihren Ländereien. Ein Vulkan legt für kurze Zeit den kapitalistischen Moloch lahm – aber die gleiche Macht wie Feuer und Asche hätten auch gut organisierte Transportarbeiter, Schiffs- und Flugzeugbesatzungen.

Piloten streiken für mehr Geld, Hafenarbeiter für ihre Arbeitsplätze, Kapitäne für bessere Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften kümmern sich um Gewerkschafter, Erwerbsloseninitiativen um Erwerbslose, Autonome um ihre Autonomie, Umweltschützer um die Umwelt. Sind wir Gefangene der globalisierten Warenwirtschaft? Sind wir verhaftet in gesellschaftlich vorgegebenen Denk- und Verhaltensmustern? Wir reagieren, wie es erwartet wird. Wir folgen mit unseren Protesten den Mächtigen zu ihren inszenierten Demonstrationen der Macht, wir folgen den Neonazis quer durch die Städte, wir folgen der Krise mit unseren Demonstrationen. Wir fahren Auto, wir kaufen bei Aldi und Lidl, wir richten unsere Wohnungen ein, wir fliegen mit dem Flugzeug in den Urlaub.

Wie fühlen sich die VerkäuferInnen bei Schlecker, die gekündigt werden, um danach über eine Leiharbeitsfirma im neuen Schlecker XL-Markt für 6,78 Euro statt vorher 12,70 Euro pro Stunde wieder eingestellt zu werden, die alleinerziehenden HartzIV-Bezieherinnen, denen spätrömische Dekadenz vorgeworfen wird, um die lächerlichen 359,- Euro Regelsatz noch weiter zu kürzen, die VW-Arbeiter, die nicht mehr in Gruppen, sondern für weniger Geld wieder in monotoner Fließbandproduktion Autos zusammenbauen sollen, die Bauern, deren kleine Familienbetriebe vernichtet

werden sollen, z.B. um Platz zu machen für riesige Mais- und Rapsfelder zur Energiegewinnung, die Angestellten in den Büros, Banken und Versicherungen, die auf Überstundenvergütung, Pausen und geregelte Arbeitszeiten verzichten sollen, weil sie sonst das ständig steigende Arbeitspensum nicht mehr bewältigen können, wie fühlen sie sich, was sind ihre Bedürfnisse, was sind ihre Forderungen?

Sie fühlen sich gestresst, sie wünschen sich menschlichere Arbeitsbedingungen, sie fordern mehr Einkommen. Sie wollen bei Aldi und Lidl einkaufen, um für das Auto zu sparen, sie wollen ihre Wohnungen einrichten und mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegen.

Warum sollten sie auch etwas anderes wollen, als alle anderen und wir selbst auch?

Wo ist der Weg, die vielen unterschiedlichen Welten zusammenzuführen? Wo ist der Weg, auf dem wir die scheinbar unbegrenzte Integrationsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft durchbrechen?

Wir finden ihn sicher nicht, wenn wir in unseren isolierten Paralleluniversen verharren, mit der trügerischen Gewissheit, in jedem Fall politisch sauber zu bleiben. Und mehr Kiffen und Chillen hat schon immer den Anfang vom Ende jeder Bewegung eingeläutet.

Lasst uns die gesellschaftlichen Zäune und Mauern aufbrechen, überraschende Wege gehen und die unsichtbaren Grenzen zwischen den künstlichen Parallelwelten durchbrechen. Aufeinander zugehen – und nicht ausweichen! Differenzen aushalten und voneinander lernen! Fragend schreiten wir voran!

Zum Ende dieses Jahres muss die Bundesregierung die HartzIV-Regelsätze neu festlegen. Es geht direkt um das Einkommen von Millionen Menschen und indirekt darum, zu welchem Lohn Menschen in dieser Gesellschaft zur Arbeit gezwungen werden. Es geht um ein Grundeinkommen für alle, die nicht arbeiten, um einen Mindestlohn für alle, die arbeiten, und um die gerechte Verteilung der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeit in der Gesellschaft.

Aber wir fragen uns, ob in dieser Auseinandersetzung nicht noch viel mehr stecken könnte. Wir wollen nicht einfach nur mehr Geld fordern – für Auto, Schnaps und Urlaub und die sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft über die Nachfrage und noch mehr Konsum.

Wir fragen, ob es uns gelingen könnte, die Auseinandersetzung um mehr Einkommen auszuweiten auf die Produktionsbedingungen und die Qualität unserer Nahrungsmittel und die Befriedigung unserer Grundbedürfnisse. Wir wollen als Erwerbslose eben nicht gezwungen werden, mit unseren Einkäufen die Ausbeutungspraktiken von Lidl in Bangladesch zu unterstützen, wir wollen nicht auf Dumpingpreise angewiesen sein, mit denen die Existenz der regionalen Lebensmittelproduzenten vernichtet wird.

Deshalb fragen wir, ob in den Kämpfen für ein Grundeinkommen und für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht der Kampf um solidarische und ökologisch nachhaltige Produktions- und Verteilungsbedingungen auf der ganzen Welt notwendig enthalten sein muss?

Deshalb fragen wir, ob wir die Kämpfe der VerkäuferInnen bei den Discountern um mehr Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen, die Kämpfe der Milchbauern um faire Milchpreise, die Kämpfe der Umweltverbände gegen die Atom- und Gentechnologie nicht zu einem gemeinsamen Kampf für eine bessere Welt vereinen können!

Es gibt eine Zeit der Besinnung, und es gibt eine Zeit, um einzugreifen. „Zack – der erste Mai 2011 steht vor der Tür, und immer noch müssen wir uns über denselben Scheiß beklagen“?

Stadt gehoert allen

Die Häuser denen, die sie brauchen!

Gegen steigende Mieten!

Für unkommerzielle Räume!

Haus in der Amalienstraße besetzt!

Am 1. Mai 2010 haben wir ein Haus in der Amalienstraße besetzt. Wir haben uns das Motto des Eigentümers Matthias Hunecke „Unternehmen statt unterlassen!“ zu Herzen genommen und lassen dem nun Taten folgen.

Die Bürgerhäuser in der Amalienstraße stehen seit Jahren leer, während in Oldenburg Wohnungsnot herrscht. Hunecke entspricht als Gründungsberater für Jungunternehmer, Investor und Multiunternehmer genau OB Schwandners Wünschen zur Realisierung des „Unternehmens Marke Oldenburg“. Betrachten wir Huneckes unternehmerischen Lebenslauf ist davon auszugehen, dass die Häuser in Zukunft gewerblich genutzt werden. Unsere Kritik richtet sich dabei jedoch nicht spezifisch an Hunecke als Besitzer.

Für uns stehen seine Investitionen klar im Kontext der Stadtentwicklung Oldenburgs. Es zeichnet sich eine kontinuierliche Verdrängung von bezahlbarem Wohnraum ab. Diese sehen wir als Resultat von mehr gewerblicher Nutzung und „Aufwertungsprozessen“, die exklusive Miethöhen zur Folge haben. Dieser Entwicklung wollen wir uns entgegenstellen und nehmen uns die Räume, die wir brauchen.

Die stetige Kommerzialisierung und „Aufwertung“ der Innenstadt verhindert, die Möglichkeit kollektive, solidarische Formen des Wohnens und Zusammenlebens zu gestalten – jenseits von Prekarisierung und Individualisierung. Wir wollen mehr als in irgendwelchen GSG-Sozial-Wohnungen am Arsch der Welt zu überleben. Es geht uns nicht nur um das ob, sondern auch das Wie und Wo wir wohnen.

stadtgehoertallen.wordpress.com

V.i.S.d.P.: D. Weber, Fluchstraße 6, Oldb.

FrauenLesbenTransDemo Oldenburg

Am 30.04.10 gab es in Oldenburg zum wiederholten Male eine FrauenLesbenTrans/ Walpurgisdemo. Diesmal unter dem Motto ‚Take Back The Night – Sexistischen Normalzustand bekämpfen'. Circa 120 Teilnehmer_innen aus verschiedenen Städten gingen kraftvoll, laut und bunt, inklusive Sambagruppe und mit zahlreichen Transparenten auf die Straße, um gegen patriarchale, heteronormative Gesellschaftsstrukturen, sexuelle Gewalt und heteroSexistische, trans-und homophobe Übergriffe zu demonstrieren. Die Demoroute führte unter anderem durch die Kaiserstraße, in der ein Redebeitrag zur Solidarisierung mit Sexarbeiter_innen gehalten wurde. Weiter ging es durch die Innenstadt und einschlägige Partystraßen, die an diesem, wie an vielen anderen Abenden so etwas wie eine No-go-Area für TransLesbenFrauen darstellen, wenn sie sich nicht sexistischen Anmachen ausgesetzt fühlen wollen. Hier waren wir laut und präsent, haben uns die Nacht und Straße zurückgeholt. Auf dem Rathausmarkt wurde das ‚Rock gegen Rechts'-Konzert für den abschließenden Redebeitrag unterbrochen, danach ging es zurück zum Alhambra, um die erfolgreiche Demo, die weitestgehend ohne Angriffe und Repressionen verlief, mit einer FrauenLesbenTrans-Party zu feiern.

Abschließend soll noch festgestellt werden, dass aus den negativen Erfahrungen (massive Angriffe, der die Demo 2006 ausgeliefert war) gelernt wurde und verschiedene strukturelle Veränderungen vorgenommen wurden, wie z.B. Deeskalationsteams außerhalb der Demo und früherer Beginn der sehr geschlossenen Demo. Deshalb hoffen wir, bei zukünftigen „Take back the night-Demos" wieder eine größere und powervolle Oldenburger Beteiligung zu erleben.

Autonome FrauenLesbenTrans aus dem Alhambra

„Take back the night"

Wir sind heute auf der Straße, um gegen Sexismus, sexuelle Gewalt und patriarchale Strukturen zu protestieren. Wir stoppen hier in der Innenstadt nicht, weil dieser Ort Ursache von Sexismus ist. Doch hier ist ein Ort, an dem sich viele der gesellschaftlichen Gewaltstrukturen widerspiegeln. Hier wird geschlechtertypisches Rollenverhalten geübt und –Zuweisungen festgeschrieben. Häufig nehmen auch hier die Geschichten ihren Lauf, in denen FrauenLesbenTransleute Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt erfahren.

Wir sind nicht die ersten, die versuchen auf diese Art und Weise Aufmerksamkeit zu erzeugen. Seit über 30 Jahren finden „Take back the Night"-Demo's und Aktionen statt und es hat sich bei weitem nicht genug geändert. Wie die letzten Jahre in Oldenburg, Bremen oder Hannover wenden wir uns auch heute, laut und entschlossen gegen jede Form sexistischer Gewalt.

Es ist uns bewusst, dass die meisten sexualisierten Gewalttaten im näheren Bekannten- und Verwandtenkreis stattfinden. Diese häusliche Gewalt ist für viele Frauen Alltag und kein Ausnahmezustand und wird weitläufig ignoriert, toleriert oder als überholt angesehen. Die Organisation Terre des Femmes stellt 2008 fest, dass „In Europa Häusliche Gewalt die größte Gefahr für Gesundheit und Leben von Frauen ist - noch vor Krebs und Autounfällen zusammen. Und auch in Deutschland ist jede vierte Frau schon einmal von Häuslicher Gewalt betroffen gewesen."

Die Studie eines Bundesministeriums ergab, dass 40% aller Frauen ab dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erfahren. Die alltägliche, subtile, als normal empfundene Gewalt ist hier nicht erfasst. Sexualisierte Gewalt kann verbal, körperlich oder beides sein: aufdringliche Blicke und Gesten, bewertende Kommentare, unerwünschte körperliche Nähe, Berührungen und Anmachen, attackierende Übergriffe, sexuelle Belästigungen, Vergewaltigungen.

Frauen, die sexistisches Verhalten und sexuelle Gewalt anklagen, werden vielmals nicht ernst genommen, die Gewalterfahrungen heruntergespielt. Der Machtmissbrauch der Täter wird häufig verharmlost oder mit einer angeblichen Natürlichkeit männlicher Sexualtriebe legitimiert. Mit diesen angeblich natürlichen Verhaltensweisen müsse eine Frau doch rechnen. Solch biologistische Erklärungen zu Männ-

lichkeit relativieren die Schwere von Vergewaltigungen und anderen sexistischen Übergriffen.

Häufig wird auch den Frauen die Verantwortung für Übergriffe zugewiesen. Als wäre der Fehler im Verhalten oder in Äußerlichkeiten der Betroffenen zu suchen. Allein diese Erwägungen machen deutlich in welchem Rahmen Diskussionen über sexualisierte Gewalt stattfinden. Denn: Ein Minirock ist nicht der Grund für eine Vergewaltigung!

Sexualisierte Gewalt ist Ausdruck von allgemeingesellschaftlichen Strukturen. Sie besteht innerhalb der Normgesellschaft und entsteht aus ihr heraus. Dennoch enthebt das den Einzelnen nicht von seiner Verantwortung für die eigenen Taten.

Die Mainstream-Partykultur, die ebenfalls hier in der Innenstadt ausgelebt wird, ist auch repräsentativ für den abwertenden und diskriminierenden Umgang mit Menschen, die allein dadurch die heterosexuelle Matrix irritieren, dass sie sind, wer sie sind. Z.B. Lesbische Frauen, Menschen, die aufgehört haben ihr Geschlecht als gottgegebene Tatsache anzusehen und die angebliche Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit hinterfragen, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle.

Die eben genannten untergraben auf verschiedene Weise die angeblich biologische Vorbestimmtheit. Die gesellschaftlichen, gewaltförmigen Konstruktionsleistungen, die die zweigeschlechtliche Hierarchisierung erzeugen werden offenbart. Und es zeigt dem/der Einzelnen – möglicherweise – welche Verwerfungen von Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten mit der Mann bzw. Frau–Werdung einhergehen; das Gewaltsame, mit dem dieses Denken im Rahmen der Heteronormativität das Individuum unterwirft. Vielleicht deshalb, werden Menschen mit einem so genannten anderen Geschlecht oder unerwünschter sexueller Orientierung diskriminiert. Es entsteht nicht nur ein systematischer Ausschluss aus dem Bereich der öffentlichen Repräsentanz, sondern vielfach kommt es auch zu gewaltsamen Übergriffen, zu sexualisierter Gewalt und zur Disqualifizierung als Perverse und Kranke, die auf die Abwertung des Menschen abzielen.

Wir fordern, dass der öffentliche Raum ein sicherer Ort für alle wird, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und anderen gesellschaftlichen Kategorisierungen. Wir fordern das Recht sich frei bewegen zu können ohne Übergriffen, Anmachen und Abwertungen ausgesetzt zu sein. Wir fordern Sanktionen für immer noch gesellschaftlich akzeptierte Übergriffe. Wir fordern in Ruhe gelassen zu werden mit heteronormativen Universalansprüchen. Wir sind hier um aufmerksam zu machen, auf die Menschen an die Niemand denkt, wenn von „normal" die Rede ist und davon, dass hier „alle" ihren Spaß haben dürfen. Wir setzen uns zu Wehr gegen diese Art der Partykultur, in der die Frauen gut aussehen, die Männer stark und überlegen erscheinen müssen, in der sexuelle Übergriffe als Lob verstanden werden sollen und die Grenzen der/des Einzelnen zweitrangig sind. Es soll möglich sein Nein zu sagen, ohne sich rechtfertigen zu müssen; ohne Lächeln, Kopf neigen und Unterwürfigkeit. Wir wollen selbst über uns und unseren Körper bestimmen. Wir lassen uns nicht in Muster pressen! Wir lassen uns nicht auf Schablonen von Weiblichkeit oder Männlichkeit reduzieren! Wir lassen uns von Niemandem sagen, wer wir sind und wie wir sind und wo wir zu sein haben!

Aufgrund von Redebedarf findet am Sonntag, den 25. Juli 2010 um 16:00h im Siebdruckraum eine für alle offene Diskussion über den Sinn und die Notwendigkeit von FrauenLesbenTrans Demos statt.

Wir wünschen uns für das Treffen eine offene und respektvolle Diskussionskultur. Aggressives Redeverhalten, sexistische Ausfälle oder selbstgefälliges Dozieren sind ausdrücklich nicht erwünscht. – open for all gender

Grußwort an die SexarbeiterInnen

Hallo,

wir sind heute hier, um gegen den sexistischen Normalzustand in dieser Gesellschaft auf die Straße zu gehen. Wir wenden uns gegen diese patriarchale Gesellschaft die Frauen/Lesben/Trans einen schwachen, einen zu beherrschenden Status zuschreibt und diesen immer wieder reproduziert und durchsetzt. Auf unserem Weg in die Innenstadt, in der heute Nacht, wie in jeder anderen Nacht auch, sich Frauen/Lesben/Trans aussuchen dürfen, ob sie mit einem männlichen Begleitschutz Teil des so genannten Spaßes sein möchten oder sich direkt den widerlichen Anmachen bis hin zu tätlichen Übergriffen aussetzen, kommen wir auch an eurem Arbeitsplatz vorbei. Eine von vielen Straßen (auf der ganzen Welt) in der SexarbeiterInnen ihr öffentlich-kriminalisiertes Leben führen. An dieser Stelle möchten wir uns mit euch solidarisch zeigen.

Wir leben in einer Gesellschaft in der Frauen/Lesben/Trans als unmündige Objekte immer wieder medial und real konstruiert werden. Wir sind es, die dem begehrenden, beherrschenden Blicken ausgesetzt sind und dies auch noch als Lob verstehen sollen. Unsere Körper sollen nach herrschender Vorstellung schön und anregend sein, vor allem aber muss er für patriarchale Bedürfnisse zur Verfügung stehen. In dem Moment in dem sich Menschen dafür entscheiden eben diesen, ihren eigenen Körper, als eine wirtschaftliche Ressource zu betrachten, über den sie selbstbestimmt verfügen, beginnt das Problem für den patriarchalen Staat. Die Gesellschaft zwingt Frauen/Lesben/Trans eine „Identität", eine „soziale Rolle" auf, in der die Möglichkeit, dass der eigene Körper eine individuelle wirtschaftliche Ressource sein kann, nicht vorkommt. SexarbeiterInnen werden in diesem Rahmen als vom Wesen her unwürdig und als Bedrohung für die Moral sowie für die öffentliche und soziale Ordnung definiert. Sie werden als SünderInnen, Kriminelle oder Opfer abstempelt, Stigmatisierungpen die stets aus dem Kreis der „guten" und „anständigen" BürgerInnen ausschließt.

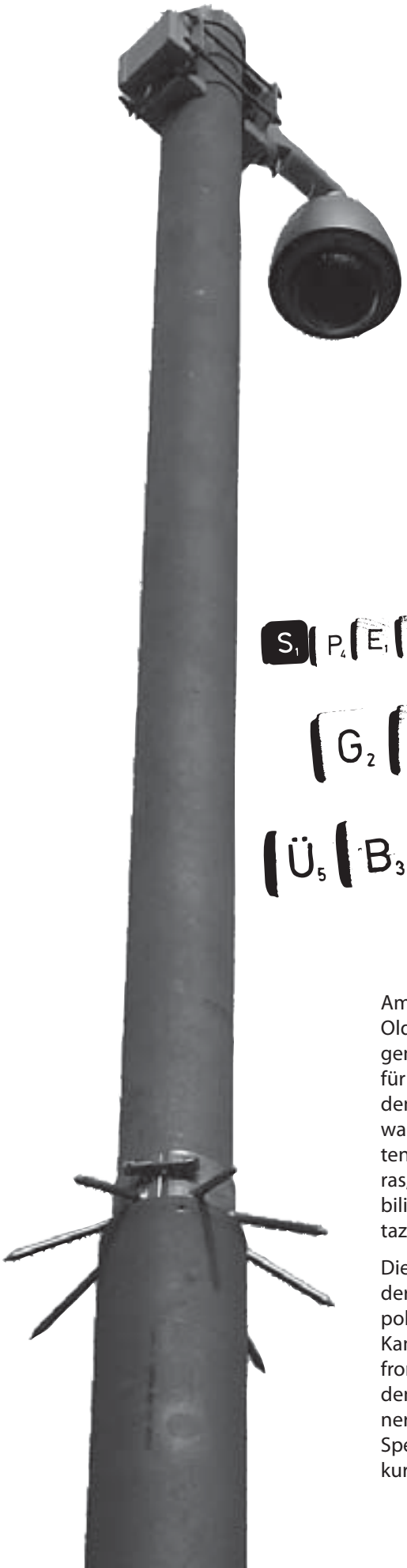
Sexarbeit ist definitionsgemäß Sex in beiderseitigem Einverständnis. Sex, der ohne dieses Einverständnis stattfindet, ist keine Sexarbeit, sondern sexuelle Gewalt oder Sklaverei. Missbrauch und Sklaverei gibt es in vielen Branchen, die Stigmatisierung von SexarbeiterInnen führt aber dazu, dass die Gewalt und die Verbrechen, die an ihnen verübt werden, von der Gesellschaft und den Behörden nicht beachtet werden, weil sie als charakteristischer Bestandteil dieser Arbeit angesehen werden. Durch ihre Kriminalisierung müssen SexarbeiterInnen außerdem mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, wenn sie die Fälle von Missbrauch zur Anzeige bringen wollen.

Wir wenden uns nicht gegen Sexarbeit an sich, nicht gegen eure Kunden und Partner – wir wenden uns gegen eine heuchlerische Gesellschaft die euch und eure Arbeit kriminalisiert und als Kriminelle oder auch Opfer stigmatisiert und damit rechtlos und mundtot macht!

Wir haben keine Lust mehr auf die alltäglichen sexualisierten Anmachen, die pornografisierten Darstellungen von Frauen in den Medien, die Einschränkungen unserer Bewegungsfreiheit, die körperlichen Zurichtungen von FrauenLesbenTrans im Namen von ‚Schönheit' und ‚Weiblichkeit'. Dieses patriarchale Selbstverständnis produziert Gewalt, hauptsächlich durch Männer ausgeführt, gegen FrauenLesbenTrans und Menschen, die nicht in die üblichen Kategorien passen; Gewalt gegen feministische Frauenorte und erkämpfte Freiräume; Gewalt, die bittere Realität ist bis hin zu Vergewaltigungen durch Bekannte und auf der Straße bis hin zu Morden.

Wir wollen die Freiheit, uns zu jeder Zeit, an jedem Ort zu bewegen, ohne dabei auch nur widerlich angeglotzt zu werden. Deshalb gehen wir gemeinsam am Abend des 30. April auf die Straße, um uns die Nacht zurückzuholen!

Unser feministischer Widerstand richtet sich gegen jede Form von Sexismus, denn: Wir sind frei und wild, weder Diener_innen noch Freiwild. Feuer und Flamme dem Patriarchat. Kampf dem Sexismus im Alltag, bei der Arbeit und im Staat!



SPEKTAKEL GEGEN ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE

Am Samstag, den 05. Juni 2010, fand am Oldenburger Lappan ein Spektakel gegen "Überwachung und Kontrolle" und für das "Recht auf Stadt für alle" statt, an dem etwa 100 Leute teilnahmen. Anlass waren die vor einem Monat aufgestellten polizeilichen Überwachungskameras, gegen die schon seit Monaten mobilisiert wurde (kamerademontageol, taz, NWZ und regentied).

Die Polizei hatte sich mit einer Hundertschaft in Kampfmontur, der halben politischen Polizei, einem (zusätzlichen) Kamerawagen uvm. auf eine harte Konfrontation eingestellt. Stattdessen wurden sie mit rund 100 Überwachunsgegner_innen konfrontiert, die ein kreatives Spektakel veranstalteten und einen sehr kurzweiligen Nachmittag verbrachten.

Einige machten es sich mit Popcorn auf einem Sofa bequem, um sich die live-Übertragung der (Funk-)VWG-Kamera anzugucken. Darauf war nicht nur die stark befahrene Lappan-Kreuzung zu sehen, sondern auch eine Scrabble-Performance. Eine Papp-Kamera wurde mit Wasserbomben zerstört, eine andere entpuppte sich nach zahlreichen Schlägen als Süßigkeitenversteck (piñata).

Insgesamt herrschte sehr ausgelassene Stimmung. Nicht zuletzt deswegen, weil durch die Reaktionen der Passant_innen deutlich wurde, dass sie nicht damit einverstanden sind, gefilmt zu werden. Die Überwachungsgegner_innen haben sich ihre eigene Parole vom "Recht auf Stadt für alle" zu Herzen genommen.

aus: www.de.indymedia.org

Zwei Monate sind genug!
Weg mit den Kameras!

An zwei Orten in Oldenburg sind Anfang Mai - nach 5 Jahren „Vorbereitung" -Videokameras zur Überwachung öffentlichen Raumes aufgestellt werden. Wesentlicher Grund der Standortwahl - Lefferseck und Lappan - ist nach Aussage des niedersächsischen Innenministers Schünemann die „strategische Lage als Drehkreuz und Hauptumsteigestelle für den Nahverkehr sowie die starke Frequentierung". Selten wird so deutlich und direkt argumentiert mit der Gefahr, die von „großen Menschenmassen" ausgeht. Oldenburgs Polizeichef, der Sozialdemokrat Kühme, argumentiert mit dem -gesetzlich zwingend vorgeschriebenen-Kriminalitätsschwerpunkt, den er hier am Lappan entdeckt zu haben glaubt (Zunahme der Körperverletzungsdelikte um „100%" im Bereich Lappan und nicht weiter eingegrenzter „näherer Umgebung") und der Tatsache, dass sich viele Oldenburger und Oldenburgerinnen hier angeblich „nicht sehr wohl fühlen"

Eine jahrelange Auseinandersetzung scheint jetzt im Sinne der Sicherheits- und Überwachungsfanatiker in dieser Stadt entschieden zu sein. Kühme, die Oldenburger CDU und die NWZ wollen diese Kameras seit langem, Schützenhilfe bekamen sie von der Landesregierung, die für Oldenburg 120.000 € locker macht um das Überwachungssystem zu installieren und gegen die deutliche Ablehnung im Oldenburger Stadtrat durchzusetzen.

Rechtlich ist die Videoüberwachung in den Landespolizeigesetzen geregelt, d.h. bei uns im Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Laut Gesetz sind Kriminalitätsschwerpunkte Orte, an denen wiederholt und massiert Straftaten begangen wurden und deren Beschaffenheit die Begehung von Straftaten begünstigt.

Wenn wir die Diskussionen hier in Oldenburg und insbesondere die meinungsmachenden Artikel in der NWZ über die Jahre bewerten, dann wird schnell deutlich, dass es um die Ängste von Teilen der Bevölkerung und um die tatsächliche Prävention schwerer Gewaltkriminalität, bestenfalls am Rande geht. Es wird eine Situation konstruiert, die einen massiven Eingriff in die Grundrechte legitimieren soll, denn um einen solchen handelt es sich ohne

Frage bei der Überwachung öffentlicher Plätze. Die Überwachung öffentlichen Raumes führt zwangsläufig zu einem hohen Konformitätsdruck und zu einer Normierung des Verhaltens.

Persönliche Empfindungen und vermeintliche „Gefühle" werden zum Maßstab für Sicherheit gemacht. Diese Betrachtungsweise von „Sicherheit" bezieht sich auf Fragen des menschlichen Miteinanders und allgemeine „Benimm-Regeln". Soziale Verhältnisse wie Armut, Obdachlosigkeit und Drogenkonsum werden nicht als solche, sondern als Sicherheitsrisiko diskutiert.

Videoüberwachung zeichnet sich dadurch aus, dass alle Personen, die sich in einem bestimmten Bereich aufhalten, überwacht werden können. Die Überwachung ist also gerade nicht auf potentielle Straftäter/innen beschränkt. Die Kontrolle wird quasi vorverlagert, weg von der Beobachtung spezifisch verdächtiger Personen, hin zu einer permanenten Verhaltenskontrolle. Die Beobachteten wissen nicht, ob zugeschaut wird, wer zuschaut, ob aufgezeichnet wird, wer sich die Aufzeichnungen anschaut und auswertet. Diese Unsicherheit führt zu angepasstem Verhalten im vermeintlichen Sinne der beobachtenden Instanz...

Daher verwundert es auch nicht, dass die Beobachtung mittels Videokamera natürlich nicht objektiv funktioniert, sondern häufig gerade spezielle

Personengruppen ohne besonderen Anlass beobachtet werden. Diese Selektion findet ausschließlich nach Äußerlichkeiten statt, z.B. Hautfarbe oder Kleidung. Videoüberwachung wird z.B. zum Instrument im Kampf gegen Obdachlose und andere nicht ins Stadtbild passende Personengruppen, die sich „zweckfrei" also ohne Konsumabsicht, in den entsprechenden Bereichen aufhalten. Die rasante technische Entwicklung z.B. einer Gesichterkennung, einer Bewegungserkennung oder einer sog. Anomaliedetektion, zusammen mit der permanenten Ausweitung der Videoüberwachung in vielen Bereichen, machen es bereits jetzt möglich, mit moderner Datenverarbeitungstechnologie verschiedene Informationsquellen zusammenzuführen und umfassende „Bilder" von Menschen zu erstellen und zu speichern.

Mit der Videoüberwachung öffentli-

chen Raums werden alle Menschen, die diesen Raum nutzen, gezwungen, die Rechtmäßigkeit des eigenen Verhaltens in Frage zu stellen, sich darüber Gedanken zu machen, ob das eigene Verhalten verdächtig macht oder nicht. Die Unschuldsvermutung wird damit de facto außer Kraft gesetzt, denn jeder und jede ist potentiell verdächtig oder sogar schuldig. Gern verweisen die Propagandisten der Videoüberwachung auf das britische Modell. Auf der Insel sind mittlerweile weit über 2 Millionen Kameras installiert und alle Innenstädte werden lückenlos überwacht, mit zweifelhaftem Erfolg: Die allgemeine Kriminalitätsrate veränderte sich nicht, es kam zu einer Verdrängung in nicht überwachte Gebiete und in den überwachten Zonen kommt es mehr und mehr zu einer Art Tugendterror, bei dem es überhaupt nicht mehr um Kriminalität geht sondern z.B. um das unerwünschte und nicht erlaubte Wegwerfen einer Kippe. Auch in Oldenburg wurde häufig gefordert, die Kameraüberwachung einzusetzen um einer Verwahrlosung öffentlicher Plätze entgegenzuwirken, womit allerdings einer Überschreitung polizeilicher Kompetenzen das Wort geredet wird. Machen wir uns nichts vor: Das Problem der Überwachung liegt nicht allein in der Überwachung öffentlichen Raumes. Auch wenn das sicher eine gesonderte Aufmerksamkeit verdient. Jeder/jede von uns wird, auch ohne die Kameras am Lappan und Lefferseck, bereits mehrfach am Tag gefilmt: am Bankautomaten, im Parkhaus, im Supermarkt, an der Tankstelle, in jedem x-beliebigen Geschäft, in Zügen, Bussen, Gaststätten... Kameras hängen überall und wir beginnen schon, uns daran zu gewöhnen, dass wir keine Kontrolle darüber haben, wer uns gerade beobachtet. Der Widerstand gegen diese sich formierende Überwachungsgesellschaft ist noch nicht sehr ausgeprägt, das zu ändern, sollte die Aufgabe von uns allen sein.

Diese Kameras am Lappan und Lefferseck haben die Verdrängung missliebiger sozialer Gruppen aus der Innenstadt zum Ziel, insbesondere mit der Kamera am Lefferseck wird dies sehr deutlich. Für diejenigen, die sich anpassen bedeuten diese Kameras „nur" Überwachung, für jene, die - mit oder ohne eigene Absicht - dem Muster weißer Mittelstandskonsumentlnnen nicht entsprechen, bedeutet es Vertreibung und Strafe.

Für ein Recht auf Stadt für alle!
Für ein Recht auf abweichende Lebensentwürfe!
Keine polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Plätze!

unbekannte_r kameragegner_in

22 legs that make a nation

Fussball und deutscher Nationalismus

„What's nationalism without football, what's football without nationalism?"

Einen Artikel über das Verhältnis von Fußball und Nationalismus zu schreiben, scheint auf den ersten Blick selbstverständlich. Schließlich sind gerade innerhalb der Linken Vorbehalte gegenüber dem Fußball als institutionalisiertem Feld nationalistischer Verhaltensweisen gängig. Fußball stellte bis Mitte der 1990er einen der wenigen gesellschaftlichen Orte in Deutschland dar, an dem die kollektive Identifizierung mit der „deutschen Nation" offen gelebt wurde und das „WIR" offen und erleichtert in den Nachrichtensendungen über die Lippen ging. So unerlaubt der aggressive Bezug auf die „deutsche Nation" im zivilen und politischen Leben war, so nachdrücklich war die Einladung, mit „unseren Jungs" zu fiebern, wenn „ganz Deutschland" vor dem Fernseher die Daumen drückte. Dies schloss auch die offene Aggressivität gegenüber „den Anderen", seien es „Holländer, Argentinier oder Engländer", ein - um die in der nationalen Fussballerinnerungskultur tradierten Gegnerschaften der deutschen Nationalmannschaft zu erwähnen. Die offene Präsentation nationaler Symboliken war ebenso Normalität und führte immer wieder zu spontanen Ablehnungsreaktionen von Anti-NationalistInnen gegenüber fußballerischen Großereignissen. Zur fußballerischen Nationalsymbolik zählen überdimensioniertes Fahneschwenken, nationaltrikotumspannte Bierbäuche oder auch der beliebte Kameraschwenk durch die Spielerreihen beim Abspielen der Nationalhymne und die entsprechenden Kommentare über die Mitsingqualitäten und Textsicherheit der Nationalspieler. All diese Umstände machen Fußball zu einem nationalistischen Event par excellence.

Auch wenn es so scheint, als wäre das Verhältnis von Fußball und Nationalismus ein konstant symbiotisches, lohnt sich ein vertiefender Blick, um die bemerkenswerten Verschiebungen in den Blick zu bekommen, die sich auf diesem Feld ereignet haben. Dieses vor allem, wenn man sich dem gesellschaftlichen Phänomen Nationalismus als gesellschaftlichem Konstrukt nähert. Was bedeutet dies? Der Sozialwissenschaftler Benedict Anderson beantwortet diese Frage mit dem Begriff der „imaginären Gemeinschaft": Eine Nation ist keine Selbstverständlichkeit, die körperlich oder kulturell vorbestimmt ist, sondern eine imaginierte (also eingebildete) Gruppe. Worte wie „Vorstellungen" oder „Einbildungen" sind jedoch in dem Sinne irreführend, als dass sie suggerieren, nationalistische Denkmuster entsprängen naturwüchsig in den Köpfen einzelner Personen oder auf Grund objektiver Vorgaben. Statt dessen meint Imagination einen komplexen gesellschaftlichen Prozess, indem diese Vorstellungen durch die Aktivitäten und Organisationsanstrengungen einzelner Akteure erst herausgebildet und erfunden werden: Seien es Sozialwissenschaftler, die behaupten, dass eine Nation sich aus „einer" Kultur oder Sprache bestimme oder Biologen, die auf „eine" gemeinsame biologische Grundlage (wie eine Blutslinie im lange geltenden deutschen Staatsbürgerschaftsrecht) einer Nation verweisen. Ebenso können Sportreporter ein nationalistisches Kollektiv erfinden, welches sich über Sprache oder gar sekundäre Tugenden wie Einsatzwillen und Leidenschaft definiert. Allen diesen Vorstellungen gemein ist das Modell von Einschluss (die Mitglie-

der der Nation) und Ausschluss (die Nicht-Mitglieder der Nation), welches in bestimmten politischen Kontexten dramatische Folgen wie Massenmorde, Abschiebungen oder soziale Verarmung hatte. Die Pluralität nationalistischer Erzählungen, die zur gleichen Zeit existieren und sich auf unterschiedlichen Merkmale wie „Sprache, Kultur oder Genetik" beziehen, stellt jedoch keine friedliche Co-Existenz unterschiedlicher Denkweisen dar. Ihr Verhältnis hat der italienische Marxist Antonio Gramsci statt dessen als den „Kampf um gesellschaftliche Hegemonie" bezeichnet, womit er das Ringen um die „normale Sichtweise" auf die Gesellschaft meint. Diese vermeintliche Normalität hat sich jedoch historisch immer über die Kämpfe unterschiedlicher Weltanschauungen (in unserem Fall über „nationalistische Erzählungen") durchgesetzt. Was bedeuten diese Vorbemerkungen für das Verhältnis von Fußball und Nationalismus? Wenn man die o.g. Einwände ernst nimmt, ergeben sich eine Menge interessanter Fragen, deren Beantwortung in diesem Artikel nur angedeutet werden kann: Auf welche Art und Weise wurde ausgerechnet eine Fußballmannschaft zum prominenten Repräsentanten der „deutschen Nation" im Nachkriegsdeutschland? Und wie steht die Entwicklung des Fußballs zu den Veränderungen nationalistischer Erzählungen in Deutschland? Diese Fragen sind umso spannender, wenn man dem Fußball als Spiel mit „eigenen Regeln", als Wirtschaftszweig und als staatlich reguliertem Raum eine Eigendynamik zugesteht. Diese geht mitunter über nationalistische Projektionen zu Zeiten fußballerischer Großereignisse hinaus und kann sich diesen auch widersetzen. Dieser Umstand macht die Beziehung von Fußball und Nationalismus zu einem fragilen Verhältnis. Dies tritt in einer Mediengesellschaft, in der die WM zum „nationalen Mittagessen" wird, umso deutlicher zu Tage. Ein frühzeitiges Scheitern der deutschen Mannschaft stellt ein abruptes Scheitern aller kollektiven Identifizierungsanstrengungen dar und „Katerstimmung" macht sich breit. Auch wenn dieses meist nicht zu einer Auflösung nationaler Identifikation führt (was eigentlich wünschenswert wäre), so sind doch dem positiven Bezug auf die Nation und der ausführliche Inszenierung der „deutschen Nation" offensichtliche Grenzen gesetzt. Diesen soll im folgenden entlang der Geschichte der bundesdeutschen Männer-Fussballnationalmannschaft bei den Weltmeisterschaften nachgegangen werden.

Deutscher Fussball und Nachkriegsnationalismus in der BRD: 1945-1990

Die Geschichte der BRD ist seit ihrer Existenz mit dem Fußball verbunden, was an den bundesdeutschen WM-Siegen veranschaulicht werden kann. Der vor kurzem filmisch erneuerte und nationalistisch begründete Gründungsmythos der BRD im Wackerstadion von Bern im Jahre 1954 wird hierbei den meisten ein Begriff sein. Besonders im Gedächtnis bleibt die nationalistisch aufgeladene Szene im Film vom Sönke Wortmann, in der während eines Einwurfs die Stille des Berner Stadions durch plötzlich aufkommende „Deutschland, Deutschland"-Rufe durchbrochen wird, und zu einer Wende des Spiels zu Gunsten der deutschen Mannschaft führt. Die Bemühungen der „11 Freunde", die sich gegen die damalige Wundermannschaft Ungarns „kameradschaftlich" zusammenrauften, endete schließlich nach einem 0-2 Rückstand mit einem 3-2 Sieg. Dies führte in der Medienberichterstattung zur erneuten nationalen Selbststilisierung: „Wir sind wieder wer" wurde zu einem der geflügelten Sätze der Nachkriegszeit. In seiner rückwärtigen Inszenierung des erleichterten deutschen Aufatmens stellt der Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 in der deutschen Öffentlichkeit eine Rehabilitierung da – Deutschlands „Selbstbewusstsein als Nation" wurde im zivilen Raum wieder hergestellt und zeigte, dass „Deutsche" auch fernab der Schlächterei des Nationalsozialismus gewinnen und „siegen" können. Eine komische und bizarre Vorstellung, 9 Jahre nach Ende des NS-Regimes.

Gepaart mit dem Wirtschaftswunder des Nachkriegskapitalismus bundesdeutscher Prägung wurde über den Fußball die sogenannte „deutsche Fußballkultur" geprägt. Fragte man die Fußballfunktionäre und –kommentatoren bis Ende der 1990er nach den „typisch deutschen Eigenschaften", erschienen „Kampfgeist" und „unermüdlicher Fleiß" auf dem Parkett. Historisch gesehen spiegelte sich darin lediglich eine Rückbesinnung auf die preußischen Tugenden Disziplin, Fleiß und Autoritätshörigkeit, die schon während der Kaiserzeit in Deutschland das „Untertanentum" (H. Mann) gekennzeichnet hatten. Aus heutiger Perspektive erscheint es jedoch umso absurder, dass sich über den Fußball nach Jahren faschistischer „Übermenschphantasien" eine Re-Inszenierung des deutschen Nationalismus vor allem über kleinmütige Arbeitsabläufe und bedingungslosen Fleiß vollzog. Großer Mann ganz klein – und dabei sportlich.

Eine Ausnahme zu dieser neuen Debatte über die „deutschen Sekundärtugenden" bildete dabei die WM-Mannschaft von 1974, die bei der letzten „WM im eigenen Land" die Trophäe gewann. Sie stellt als technisch versierte Mannschaft eine Art artistischen Ausnahmefall dar, und genießt bis heute eine einzigartige Popularität innerhalb der deutschen Fußballszene. Ihre Namen finden sich heute im männerklüngelnden Fußballgeschäft an vielen Stellen wieder: Wie der von Wolfgang Overath (Präsident 1. FC Köln), Berti Vogts (Ex-Bundestrainer und heutiger Scout der Nationalmannschaft), Uli Hoeneß (Manager Bayern München), Günter Netzer (ARD Kommentator) oder der auf Grund seiner eleganten (heute Schlafwagenfußball ähnelndem) Spielart „Kaiser" Franz getaufte Franz Beckenbauer, der als WM-Chef das Mega-Event organisiert und selber als Trainer 1990 die Weltmeisterschaft gewann. Bis zum nächsten WM-Sieg 1990 waren jedoch die deutschen Sekundärtugenden wieder hergestellt, eine Generation fußballerisch schlechter, aber umso verbissenerer deutscher Manndecker (Peter Briegel, Klaus Eder, Jürgen Kohler) und Stürmer (Horst Hrubesch, Jürgen Klinsmann, Karl-Heinz-Rummenige) hatten ihren Anteil hieran. Ein Jahr nach der Wiedervereinigung und der Auffrischung des deutschen „Volkskörpers" mit 40 Millionen Stand- und Schussbeinen gewann die deutsche Mannschaft in Italien das Finale mit 1:0 gegen Argenti-

nien. Fußballdeutschland schäumte vor Freude, Helmut Kohl gewann die Wahl (nicht wenige behaupten auf Grund der Sympathiewerte durch die WM) und Beckenbauer halluzinierte – wie andere zur selben Zeit - im Größenwahn: „Es tut mir Leid für den Rest der Welt, aber diese Mannschaft wird auf Jahre nicht zu schlagen sein". Deutschland war wieder wer – und das nicht nur im Fußball.

Die fußballerische Verarbeitung der Wiedervereinigung schien jenes gebrochene Nationalgefühl, an dessen Wiederaufbau sich ganze Horden von Rechtsintellektuellen wie Ernst Nolte oder Martin Walser versucht hatten, mit einem großen Fußballsieg wieder herzustellen. Und während sich Europa ob der Geschwindigkeit der deutschen Wiedervereinigung und der Veränderungen deutscher Selbstvergewisserungen verwundert die Augen rieb, gewann die deutsche Nationalmannschaft die Weltmeisterschaft. Die ostdeutschen Fussballspieler wurden, im Gegensatz zum restlichen Arbeitnehmerreservoir Ostdeutschlands, jubelnd aufgenommen. Kein Klagen über die ökonomische Brachzone Ostdeutschland, sondern fröhliches Gejubel ob der neuen „deutschen" Sprösslinge, deren Jungspielerentwicklung man doch so gar nicht verfolgt hatte und die alle über einen deutschen Pass verfügten, was ob der Anfang der 1990er geltenden Ausländerregelung im deutschen Profifussball (pro Verein max. 3 Spieler ohne deutschen Pass) eine Goldgrube war.

Das Ende der "Unbesiegbarkeit": Fußball nach der Wiedervereinigung

Frank Beckenbauers Unschlagbarkeitsphantasien sollten sich jedoch als unrichtig erweisen. Während die deutsche Nationalmannschaft bis zum Gewinn der Europameisterschaft 1996 erfolgreich spielte, zeigte die Leistungskurve ab diesem Zeitpunkt nach unten. Das Ausscheiden bei der WM 1998, der EM 2000 und der EM 2004 haben auch in der deutschen Öffentlichkeit zu einer recht nüchternen Einschätzung der Leistungsstärke der deutschen Nationalmannschaft geführt. Die Endspielteilnahme bei der WM 2002 als Folge eines fantastischen Spiel- und Losglücks (zur Erinnerung: Saudi-Arabien, Irland, Kamerun, Paraguay, USA, Südkorea, Brasilien) und einem hervorragenden Torhüter sticht dort eher irritierend heraus. Insbesondere die deutschen Sekundärtugenden „Kampf" und „Ausdauer" erweisen sich im Verhältnis zur immer beschleunigteren, athletischeren und technisch versierteren Spielweise des weltweiten Profi-Fussballs als nicht mehr ausreichend. Diese Wahrnehmung setzt sich auch zunehmend in der deutschen Fußballberichterstattung durch. Was dort bleibt, ist die Hoffnung. Auf was, weiß aktuell auch niemand so genau. Auf Fußballer aus Ostdeutschland jedenfalls erst mal nicht mehr. Die Euphorie der „deutschen Fußballwiedervereinigung" war spätestens an dem Punkt verflogen, als die jeweiligen Spieler in die Nationalmannschaft eingemeindet waren. Spätestens ab Mitte der 1990er hatten die deutsche Nationalspieler laut Berichterstattung nicht mehr für die DDR-Jugendauswahl gespielt, sondern nur noch für „Deutschland". Spieler wie Michael Ballack wurden und werden - durchaus selbstgewählt - ihrer ostdeutschen Vergangenheit enthoben, und zu „gesamtdeutschen Stars" gemacht, wobei ihre ostdeutsche Herkunft per Definition an den Rand gedrängt wird. Ebenso verabschiedeten sich die ostdeutschen Fußballclubs nach ihrem Aderlass an die westdeutschen Clubs nach und nach aus dem bezahlten Erstligafußball - heute sind von 36 Teams im bezahlten Profifußball 3 Teams aus der ehemaligen DDR (Cottbus, Dresden, Rostock), allesamt in der zweiten Liga. Einzig der Fall Leipzig – mit Berlin einziger ostdeutscher WM-Austragungsort gegenüber insgesamt 10 westdeutschen Städten – sorgt für Aufregung, nachdem der ehemals in der dritten Liga spielende Lokalverein Insolvenz anmelden musste. Die westdeutsche Siegergeschichte auf Grund ökonomischen Vorsprungs wiederholt sich so mit zeitlicher Verzögerung auch im Fußball, und wird dadurch auch zunehmend unattraktiv für die mediale Inszenierung einer nationalen Wiedervereinigung.

Das Bosman-Urteil und die Kommerzialisierung des Fußballsports

Während sich das Verhältnis von Nationalismus und Fußballkultur bis zu Beginn der 1990er als relativ homogen darstellte, wurde dieses ab Mitte der 1990er Jahre durch zwei Ereignisse erschüttert, die das bis dato enge Verhältnis von Nationalmannschaft und nationalen Proficlubs destabilisierte. 1995 erhielt der belgische Fußballspieler Jean-Marc Bosman vor dem europäischen Gerichtshof mit seiner Klage Recht, die sich gegen die Transfer- und Ausländerbeschränkungen der europäischen Fußballligen wandte. In Deutschland bestimmten diese Richtlinien, dass Fußballclubs nur drei Spieler ohne deutschen Pass spielen lassen dürften. Der Gerichtshof stärkte statt dessen die Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl im innereuropäischen Binnenmarkt und verpflichtet die europäischen Ligen, ihre Ausländerbeschränkungen für Spieler aus Europa aufzuheben. In Folge dieser politischen Re-Regulierung der Fußballindustrie nutzten immer mehr Profivereine die Möglichkeit, Spieler aus anderen Ländern zu verpflichten – laut einer Studie der Universität Bielefeld sank der Anteil von Spielern mit deutschem Pass in der Zeit von 1994-2001 in der Bundesliga von 80,9% auf 57,6%. Damit löste sich der bis dato bestehenden Zusammenhang von deutschen Fußballclubs (in denen max. 3 Ausländer spielen durften) und Nationalmannschaft tendenziell auf, die deutschen Proficlubs wurden internationaler besetzt und der Landeswechsel von insbesondere osteuropäischen und afrikanischen Spielern nach Deutschland wurde zunehmend normalisiert. Spielerwechsel aus Deutschland ins Ausland geschehen dem entgegen relativ selten, da die deutschen Nationalspieler auf Grund ihrer mangelnden Qualität aktuell nicht gefragt sind. Eine Ausnahme stellt die aktuelle Diskussion um Michael Ballack dar, dessen Wechsel zu einem anderen internationalen Spitzenclub jedoch en gros akzeptiert ist. In Teilen wird dieser Wechsel sogar begrüßt und freudig antizipiert, weil sich an seinem Beispiel zeige, dass Deutschland als „Spielerexporteur" noch über qualitativ hochwertige Spieler „verfüge". Im Vergleich dazu sei an die Debatte um Günter Netzer aus den 1970er Jahren erinnert, der eine mediale Welle der öffentlichen Empörung über seine „Vaterlandslosigkeit" über sich ergehen

lassen musste, als er seinen damaligen Wechsel von Mönchengladbach zum spanischen Spitzenclub Real Madrid bekannt gab.

Dieser Günter Netzer eignet sich ebenfalls als Vergleichsmoment für die andere große Entwicklung des Fußballs, die in den 1990er Jahren massiv vorangetrieben wurde: Seine zunehmende Kommerzialisierung und Internationalisierung als Konsumprodukt. Netzer kaufte in den 1970er Jahren zu seiner aktiven Zeit eine Diskothek in München, wofür er viel Kritik ob seiner ökonomischen Aktivitäten erntete, die als „unsportliche" Lebensweise verstanden wurde. Diese Gegenüberstellung von „leistungsbezogenem Profisportler" und homo oeconomicus war zu dieser Zeit ebenso etabliert wie die Trennung von Fußballsport und Werbeindustrie. Erst als der Fußballclub Eintracht Braunschweig 1973 als erster Fußballverein für die Marke „Jägermeister", warb, begann eine erhitzte Debatte um die Beziehung von Fußballvereinen und Wirtschaft, die in der allmählichen Öffnung des Profifußballs für das Sponsoring durch Unternehmen endete. Diese Trennung von Ökonomie und Sport wurde in den 1990er Jahren mit der Internationalisierung der Fußball- und Sportartikelindustrie zusätzlich aufgeweicht. Ökonomisch aktive Fußballstars, die mehr Geld mit Werbung als mit ihren Gehältern verdienen, sind zunehmend der Normalfall. Dieses gilt nicht nur für einzelne Spieler, sondern auch für die großen europäischen Fußballclubs (z.B. Manchester United, Real Madrid, Bayern München), die selbst als Unternehmen agieren und betriebswirtschaftlich versuchen, ihre Merchandising-Einnahmen durch internationale Werbetourneen nach Asien und in die USA gezielt zu steigern. Die Namen der vereinseigenen Fußballstadien, die sich bis Ende der 1990er Jahre auf die Namen von regionalen Flüssen oder Bauwerken bezogen, werden nun an Unternehmen vermietet, die den Stadien für eine gewisse Zeit ihren Unternehmensnamen aufdrücken (AOL-Arena, Iduna-Signal-Park, Commerzbank Arena, Schücko-Arena usw.). Sportlich schlug sich diese Tendenz zur Kommerzialisierung vor allem in der Etablierung der Champions League nieder, einem europäischen Wettbewerb, in dem die besten europäischen Mannschaften spielen. Im Vergleich zum vorher existierenden „Cup der Landesmeister" wurde die Zahl der dort spielenden Mannschaften mehr als verdreifacht, wobei mehrere gute Mannschaften aus den starken europäischen Ligen zugelassen wurden, um die „ereignisreichen" Top-Spiele zweier Klassemannschaften zu fördern. Dadurch erhöhte sich auf die Zahl der Spiele um mehr als das 5-fache, was zu mehr Fernseheinnahmen und einer deutlich stärkeren medialen Präsenz des europäischen Wettbewerbs gegenüber den nationalen Ligen führte.

Where is the nation?

Was für Auswirkungen haben die beiden Tendenzen Internationalisierung und Kommerzialisierung für das Verhältnis von Fußball und Nationalismus in Deutschland und insbesondere für die Weltmeisterschaften? Generell lässt sich festhalten, dass diese beiden Tendenzen zu einer Aufweichung ehemals stabiler nationalistischer Grenzziehungen geführt haben, was jedoch oftmals nicht dazu geführt hat, dass sich die entsprechenden nationalistischen Paradigmen auflösen. Die sich auflösende Verbindung von Nationalmannschaften und Fußballvereinen hat zu einer heterogenen Inszenierung der Fußballweltmeisterschaft geführt. Bei einem Länderspiel stehen sich oftmals nicht mehr Spieler „zweier homogener Nationen" gegenüber, die auch in ihren jeweiligen Ländern Vereinsfußball spielen, sondern oft Spieler desselben Clubs, die sich persönlich kennen und dieses durch freundschaftliche Gesten auf dem Platz auch signalisieren. Für die nationalistischen Erzählungen besonders relevant ist zudem, dass internationale Fußballstars wie Ronaldhinho immer weniger für ein „nationales Publikum" inszeniert, sondern auch im Vorfeld von Weltmeisterschaften entsprechend der größtmöglichen internationalen Identifizierungsmöglichkeit präsentiert werden. Transnationale Konzerne wie Pepsi oder Nike werben oftmals mit einer eigenen „Superstar-Mannschaften" in ihren Werbesports, die die besten Spieler aus den jeweiligen Nationalmannschaften umfasst, und dadurch zu einem international konsumfähigen Produkt und Signifikant werden.

Diese tendenzielle Aufweichung nationalistischer Entitäten (Verein-Nationalmannschaft) durch die aktuellen Entwicklungen des Profi-Fußballs bedeutet jedoch nicht, dass der Nationalismus im deutschen Fußball verschwindet. Vielmehr verändert sich dieser in seinen Bezugspunkten. Bezogen auf die deutsche Fußballnationalmannschaft lässt sich seit dem Bosman-Urteil eine beharrliche Debatte verfolgen, welche die Schwäche der deutschen Nationalmannschaft auf die Einwanderung ausländischer Fußballspieler und die fehlende Förderung „deutscher Talente" zurückführt. Beiläufige Kommentare bei der Fußballberichterstattung hinsichtlich fehlender „deutscher Spieler auf dem Platz" sind diesbezüglich an der Tagesordnung und zielen vor allem auf die Einkaufspolitik der deutschen Fußballvereine. Bei dem aktuellen Mangel an guten Fußballspielern mit deutschem Pass entscheiden sich die meisten millionenschweren Vereine bei der Wahl zwischen wirtschaftlichem Erfolg als kapitalistisches Fußballunternehmen und patriotischem Eifer für Ersteres, was ihnen dann den Vorwurf einhandelt, sie stellten lediglich „Söldner" (aber keine „echten Deutschen") ein. Dem entgegen lassen sich jedoch auch Vereine identifizieren, die unter den gegebenen Umständen eine „nationale Entwicklungsstrategie" verfolgen. Meist wird diese nach Phasen ökonomischer Misswirtschaft eingeschlagen – wie bei den Vereinen Borussia Dortmund und VfB Stuttgart – und die mangelnde finanzielle Grundlage wird durch eine konsequente Jugendförderung im eigenen Verein ausgeglichen, durch entsprechende nationalistische Einfärbungen („die Fans hatten eh lange Probleme, sich mit der Mannschaft zu identifizieren") unterfüttert und durch die Fußballberichterstattung honoriert. Ein zweiter neuerer Bezugspunkt innerhalb des nationalen Fußballnarrativs wird zunehmend die Eingemeindung der ausländischen Spieler, die in deutschen Fußballvereinen spielen, in das nationale Kollektiv. Auch wenn diese nicht als echte „Deutsche" anerkannt

werden, so wird doch deren Bekanntheitsgrad genutzt, um vertraute Bezüge bei der Fußballberichterstattung herzustellen. Ihr Abschneiden bei den Spielen mit ihren Nationalmannschaften stellt bei der Fußballberichterstattung immer einen Indikator für die Qualität der jeweiligen Liga dar, in der diese Spieler spielen. Aus diesem Grund wird den in Deutschland spielenden Ausländern „ganz besonders die Daumen gedrückt", weil diese Spieler als nationalistisches Symbol für die „Importqualität" der deutschen Bundesliga stehen. Hierdurch entstehen fragmentierte nationalistische Bezüge: Steht die deutsche Nationalmannschaft weiterhin für „Deutsche erster Klasse", so wird Bundesligaspielern mit einem ausländischen Pass ein Status als „Deutsche zweiter Klasse" verliehen. Diese symbolisieren als Arbeitnehmer auf dem deutschen Binnenmarkt dessen Qualität im internationalen Vergleich der europäischen Ligen und haben nicht zuletzt einen entscheidenden Anteil am Abschneiden der deutschen Bundesligamannschaften in den europäischen Cupwettbewerben. Es bleibt abzuwarten, wie sich unter diesen Umständen medial etablierte Fußballfeindschaften wie zwischen „Deutschland und Holland" entwickeln, wenn einige der wenigen Stars der schwachen deutschen Bundesliga wie Roy Makaay oder Rafael van der Vaart für die holländische Nationalmannschaft spielen.

Wer ist eigentlich „Deutscher"? Einbürgerungen und Ausbürgerungen

Seit Mitte der 1990er Jahre sind auch um die deutsche Fußballnationalmannschaft einige Debatten entbrannt, die sich mit der Frage beschäftigten, wer eigentlich in dieser spielen darf, soll und überhaupt kann - und was dies für die Nationalmannschaft als „Repräsentantin der Nation" bedeute. Insbesondere die Einbürgerung von Spielern wurde hier zu einem Thema. Auslöser waren die Fußballspieler Sean Dundee (Südafrika) und Paolo Rink (Brasilien), die sich über die „Blutslinie" der deutschen Ur-Großmütter einbürgern ließen, um für die Nationalmannschaft zu spielen. Der damalige Bundestrainer Ribbeck ließ nach dem Aus bei der WM 1998 zumindest Rink für einige Spiele spielen (Dundee spielte nie), und zog sich damit die Kritik der deutschnationalen Kräfte zu, die in der Nationalmannschaft nur auf deutschem Boden aufgewachsene Spieler sehen wollten. Unter Jürgen Klinsmann wurde diese Strategie, den deutsch-nationalen Argumenten entsprechend, wieder zurückgenommen, obwohl mit dem Brasilianer Dede ein (für deutsche Verhältnisse) hervorragender Linksverteidiger die Einbürgerung anbot.

Die erstmalige Nominierung des in Ghana geborenen Gerald Asamoah für die deutsche Nationalmannschaft im Jahre 2001 schlug eigentlich ein neues Kapitel im Verhältnis von Fußball und deutschem Nationalismus auf. Im Gegensatz zur Einbürgerungsproblematik wurde dies fast gar nicht in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert, auch wenn Asamoahs Präsenz in der deutschen Nationalmannschaft ein absolutes Novum darstellte. Zum ersten Mal spielte ein schwarzer Spieler im blütenweißen Dress der deutschen Nationalmannschaft. Asamoah machte sichtbar, dass die deutsche Nationalmannschaft trotz jahrelanger Migration nach Deutschland „weiß" geblieben war, was durchaus dem konservativen Blut-und-Boden Selbstverständnis der deutschen Staatsbürgerschaft entsprach. „Keine Migranten in der deutschen Nationalmannschaft", so lautete das plötzlich deutlich gewordene Credo des deutschen Fußballsports. Ebenso verhielt es sich seit Jahren mit der großen Zahl von Fußballern türkischer Herkunft, die in Deutschland aufgewachsen waren und doch für die Türkei spielten. Diese waren den Kennern der Fußballszene zwar bekannt, wurden jedoch durch die Fußballberichterstattung bei großen Fußballturnieren im Sinne der „nationalen Reinheit" zu „türkischen Spielern" vereindeutigt und damit als potentielle deutsche Nationalspieler verschwiegen. Dieses führte dann bei den Interviews mit den flüssig deutsch sprechenden „türkischen" Spielern wie Bastürk, Manziz oder Altintop zu einiger Irritation. Anhand des in Dortmund aufgewachsenen Talents Nuri Sahin entzündete sich die Debatte 2005 erneut, weil sich dieser für die Türkei als Nationalmannschaft entschied. Als er bei seinem ersten Länderspiel gegen Deutschland ein Tor erzielte, wurde die verfehlte Nachwuchsarbeit hinsichtlich der Spieler mit Migrationshintergrund von einigen Stimmen öffentlich kritisiert. Anders verhielt es sich hingegen mit Spielern mit polnischem Migrationshintergrund, die relativ problemlos in die deutsche Nationalmannschaft berufen werden: Zu diesen zählen Miroslav Klose oder auch Lukas Podolski, deren Herkunft im großen und ganzen kaum thematisiert wird. Dementsprechend reagierte die deutsche Fußballpresse mit Unverständnis, als der Trainer des deutschen Gruppengegners Polen nach der Auslosung darüber witzelte, dass die Chancen der polnischen Mannschaft größer wären, wenn ihre besten Stürmer nicht für Deutschland spielen würden.

Der Umgang mit der nationalistischen Frage, wer eigentlich in der deutschen Nationalmannschaft spielen soll, stellt sich daher als ein größtenteils verschwiegenes Phänomen dar. Lediglich in der Einbürgerungsdebatte um die Spieler Rink und Dundee wurden offene Ressentiments formuliert, bei den anderen Spielern wurde ihr Migrationshintergrund größtenteils verschwiegen (ob sie spielten oder nicht) und dadurch entproblematisiert. Am besten lässt sich dieses wahrscheinlich am Fall Asamoahs verdeutlichen, der - trotz der in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung offensichtlich vorhandenen Ressentiments gegenüber Schwarzen Spielern - durch die aktuelle Fußballberichterstattung nicht als Problem für das „nationale Selbstverständnis" thematisiert wird. Dieses kann als Fortschritt gegenüber offener Diskriminierung gewertet werden. Es stellt aber in der jetzigen Form eine unkommunizierte Integration in das „nationale Kollektiv" dar, die den deutschen Nationalismus als so universal präsentiert, dass seine bisherige „weiße" Limitierung nicht thematisiert wird. Im Falle Asamoahs bedeutet dies: Bei kaum einem Spieler wird die „sympathische Art" und „entspannte Art und Weise" so betont. In anderen Zusammenhängen würde man sagen, er (und damit seine Hautfarbe) werden weggelobt. Entsprechend reagiert die Fußballpresse mit Verwunderung, wenn

Asamoah oder der neue Nationalspieler Owomoyela, wie jüngst geschehen, von der NPD als „Schwarze" diffamiert werden.

Über die Gründe für das weitgehende gesellschaftliche Schweigen kann hier nur spekuliert werden. Es scheint am wahrscheinlichsten, dass ähnlich wie in anderen Industriesektoren die Integration von Spitzenkräften in den „deutschen Binnenmarkt" weniger zur Debatte steht als die Aufnahme von niedrig qualifizierten Arbeitskräften. Das jahrelange Schweigen über die Gruppe türkischer Fußballspieler sticht trotzdem hervor, da ihre Integration nicht in dem Maße betrieben wurde, wie die von Spielern mit polnischem oder schweizerischem (Oliver Neuville) Migrationshintergrund. Es darf spekuliert werden, ob der Status der türkischen Communities in Deutschland mit ihrer eigenen Repräsentationsstruktur im öffentlichen Raum zu viel „Anderes" symbolisierte, als dass es den Assimilierungsansprüchen des deutschen Fußballkollektiv, dem Spieler wie Klose, Podolski oder Neuville genügen, entsprechend würde.

Die vermeintliche „Einheit der Freunde"

Das Motto der Weltmeisterschaft lautet „Die Welt zu Gast bei Freunden". Es macht deutlich, dass die „WM im eigenen Lande" nicht nur zur Selbstbespiegelung der „Lage der Nation" dient, wie es bei Weltmeisterschaften sonst üblich ist, sondern auch der Repräsentation des „nationalen Selbstverständnisses" nach außen. Neben der Einladung zum fröhlichen Konsum in Deutschlands Bierstuben vermittelt das Motto das Bild vom vermeintlich „unverkrampften Deutschland", das die Berliner Republik seit der Wiedervereinigung als Selbstportrait von sich zeichnet. Dies reiht sich ein in den Wandel der deutschen Außenpolitik seit Mitte der 1990er Jahre, die Selbstinszenierung Deutschlands im Rahmen der europäischen Politik als „Friedensstifter" und „sozialer Kapitalist" gegenüber der aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik der USA. Als Imagekampagne funktioniert es schon in der Politik erstaunlich gut. So gut, dass sich Deutschland auf „normale Weise" auf einen UN-Sicherheitsratssitz bewerben kann, ohne dass die faschistische Erfahrung erneut thematisiert werden müsste und sich Deutschland international noch (per sé) als „gebrochene Nation" präsentieren müsste.

Mit der sozialen und politischen Realität in Deutschland als auch den außenpolitischen Intentionen der EU hat dies natürlich wenig zu tun. Die „Einheit der Freunde", die „die Welt" in Empfang nimmt, ist eine gebrochene. Hinter dem Motto verschwinden gesellschaftliche Widersprüche zwischen Kapital, Staat und Arbeit im Rahmen einer neoliberalen Politik, rassistische Übergriffe von Nazis (wie zuletzt in Potsdam) und eine repressive Überwachung des öffentlichen Raumes für die Weltmeisterschaft. Ebenso unbeliebt werden fußballinterne Skandale sein, auch wenn die WM-Vorbereitung von so vielen Skandalen geprägt war, wie sie im Vorhinein niemand erwartet hatte. Unsichere WM-Stadien und Wettskandale haben hier für einigen Aufruhr gesorgt.

Die Frage, was Fußball ohne Nationalismus sein kann, stellt sich unter den gegebenen Umständen leider nur hypothetisch. Die beschriebenen Verschiebungen innerhalb der Fußballkultur bewegen sich größtenteils weiterhin innerhalb nationalistischer Erzählungen. Auch wenn „deutsche Sekundärtugenden" nicht mehr den internationalen Standards entsprechen, bleibt doch der Fokus auf die deutsche Mannschaft als Repräsentantin einer imaginierten Gruppe von „Gleichgesinnten" präsent und wird nicht hinterfragt. Sie wird stattdessen um die Gruppe der in Deutschland spielenden Fußballer mit ausländischem Pass erweitert, die zunehmend zum Teil des „deutschen Nationalkollektivs" werden. Nationalistische Erzählungen sind dabei so tief in der Fußballkultur verankert, dass deren aggressives Umschlagen in offen rassistische Angriffe, Diffamierungen und Symboliken die ersten Kampffelder antinationalistischer Politiken in und außerhalb der Fußballstadion waren. Auch wenn sich diese - wie die Initiative BAFF – zu aller erst gegen offene Diffamierungen in Fußballstadien wenden, zeigen sie doch auch, dass Fußball ein umkämpftes gesellschaftliches Terrain ist, auf dem antinationalistische Diskursverschiebungen theoretisch denkbar sind, um das Feld für andere Identifikationspraxen mit dem Spiel zu öffnen. Theoretisch wohlgemerkt. Praktisch bieten sich für linke Fans aktuell vor allem Ausweichstrategien an, um gleichzeitig dem Spiel zu frönen und dem nationalistischen Bias der „Weltmeisterschaft der Fußballnationalmannschaften" etwas entgegenzusetzen. Einige werden explizite Anti-Fans der deutschen Nationalmannschaft, andere versuchen sich an der Unterstützung der Underdog-Mannschaften (die soziale Schiene), der passionierte Fußballfan drückt der englischen Mannschaft wegen der Kampfbereitschaft und der offensiven Spielweise die Daumen, die Ästheten wählen die gutaussehende italienische oder portugiesische Mannschaft oder man sieht ein, wer am besten spielt, und setzt auf Brasilien. Oder man unterstützt doch (leicht beunruhigt von sich selber) die deutsche Mannschaft, schaut in „geschützten Räumen" die Spiele der deutschen Mannschaft und macht sich vom Acker, sobald die ersten Fahnenschwenker und Nationalhymnenmitsinger am Horizont auftauchen, unterstützt besonders Gerald Asamoah und Patrick Owomoyela, verunglimpft die Beamten-Riege in der deutschen Mannschaft und zieht (in alter kapitalismuskritischer Manier) über die neoliberalen Managementmethoden von Klinsmann und Co. her. Der grundsätzlich nationalistischen Inszenierung der WM rückt man aber mit beiden Methoden nicht wirklich auf den Leib, auch wenn erstere Gruppe sich deutlich besser dem „deutschnationalen Projekt" entzieht. Wie ein solches anti-nationalistisches Fußballprojekt auf internationaler Eben aussähe, bleibt offen, und sprengt in diesem Moment mein Fussballnerdhirn. Der Ball geht an Euch.

aus ABSEITS. sul serio – Sonderausgabe #4 (Sommer 2006)

„Als AktivistIn lebt man in Südafrika gefährlich"

Ashraf Cassiem und Mncedisi Twalo leben in einem Township in Kapstadt. Als Aktivisten der »Western Cape Anti-Eviction Campaign« kämpfen sie gegen die Zwangsräumungen von Häusern und gegen die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Gütern und Plätzen. Der Dokumentarfilm »Im Schatten des Tafelberges« porträtiert die Kampagne und zeigt die beiden bei ihrer »Arbeit«.

iz3w: Was sind die Ziele und Hintergründe der Anti-Eviction Campaign?

Ashraf Cassiem: Seit Einführung einer neoliberalen Politik Mitte der 1990er Jahre durch Nelson Mandela wurde alles privatisiert. In der Anti-Eviction Campaign kämpfen arme Menschen gegen die Privatisierung und für ihre Grundrechte. Es geht um Grundbedürfnisse wie Wasseranschlüsse, Wohnraum, Elektrizität, Gesundheitsversorgung und Bildung, also um alle Bereiche, zu denen arme Menschen keinen Zugang haben. Die Western Cape Campaign hat Verbündete in ganz Südafrika, in Johannesburg zum Beispiel das »Landless People's Movement«, in Durban die Bewegung »Abahlali baseMjondolo und in ländlichen Gebieten das »Rural Network«. Alle zusammen sind Teil der »Poor People's Alliance«.

Wie mobilisiert ihr die Menschen gegen Privatisierung?

Cassiem: Im Laufe der letzten 500 Jahre hat man die Menschen indoktriniert. Und daran hat sich in den letzten 14 Jahren in einer freien und kapitalisierten Demokratie nicht viel verändert. Die Menschen in Südafrika verstehen oft nicht, welche Ursachen ihre Armut hat. Sie verstehen nicht, dass es an einer Politik der Privatisierung liegt. Wir mobilisieren für konkrete Bedürfnisse, mit großen Ideen kann man niemanden auf die Straße holen.

Bekommt ihr Unterstützung von internationalen NGOs?

Cassiem: Manche NGOs wollen mit uns zusammen arbeiten und manche wollen uns auch vorschreiben, wie wir arbeiten sollen. Darauf können wir verzichten. Für uns sind NGOs die trojanischen Pferde des Neoliberalismus, sie sind oft anmaßend und arbeiten mit der Politik zusammen. Aktionen des zivilen Ungehorsams, die für uns wichtig sind, können sie nicht in ihr Berichtswesen integrieren. Sie haben ihre eigenen Vorstellungen von dem, was wir machen und was wir lassen sollten. Wir brauchen dringend Unterstützung, aber die Zusammenarbeit sollte auf einer ehrlichen und direkten Basis verlaufen.

Ihr habt immer wieder Ärger mit der Polizei und Justiz.

Mncedisi Twalo: Als AktivistIn lebt man in Südafrika gefährlich, es ist beinahe so wie mit den Anführerinnen während der Anti-Apartheid Kämpfe. Die Politik

und die Polizei finden immer wieder Gründe, uns festzunehmen. So behaupten sie, unsere Demonstrationen seien illegal, obwohl wir in den meisten Fällen eine Genehmigung haben. Wir werden kriminalisiert und als »Troublemakers« gebrandmarkt.

Cassiem: Wenn wir Menschen helfen, ihr Wasser wieder anzuschließen, sprechen sie von Zerstörung fremden Eigentums. Anstatt zu sagen, dass wir Wasser brauchen, behaupten sie, wir würden etwas stehlen. Wir wollen keine illegalen Dinge tun, wir wollen nur unsere Grundrechte in Anspruch nehmen. Dafür werden wir zu Kriminellen gemacht. Selbst unsere Weigerung, am Wahlsystem teilzunehmen wird als krimineller Akt beschrieben. Für uns ist die Verweigerung der Wahl ein politisches Statement: »No Land, No House, No Vote«. Vor kurzem gab es Regionalwahlen, und wir protestierten vor dem Wahllokal mit etwa 4.000 Menschen. Der lokale ANC-Führer war anwesend und als er sah, dass sich niemand von uns für die Wahl registrieren ließ, rief er die Polizei. Sie kamen mit Tränengas und Gummiknüppeln und verhafteten einige Leute. Mncedisi muss deswegen bald vor Gericht erscheinen. Für uns ist es schwierig, jedes Mal das Geld für AnwältInnen aufzutreiben. Oft zögern sie die Gerichtsverfahren solange hinaus, bis uns das Geld ausgeht.

Welche Rolle spielt Deutschland im Prozess der Privatisierung?

Cassiem: Deutschland spielt dabei als Industrieland eine sehr wichtige Rolle. Deutschland möchte sich gerne als Entwicklungshelfer sehen, aber eigentlich werden nur große Unternehmen unterstützt, während arme Menschen keine Hilfe erhalten. Auf unserer Filmtour waren wir zum Beispiel in Weingarten [in der Nähe des Bodensees]. Dort lebt ein Deutscher, der Rechte an Wasser in Südafrika besitzt. Ich selbst besitze keine Wasserrechte, aber es gibt einen Mann in Deutschland, der über Wasser in Südafrika verfügt. Für uns wäre es besser, wenn sich Deutschland nicht an dieser Form von Privatisierung beteiligt.

Welchen Einfluss hat die Fußball Weltmeisterschaft auf euch?

Cassiem: Dieses Jahr findet die WM zwar in Südafrika statt, aber es ist keine WM Südafrikas sondern eine der FIFA. Das heißt, dass die FIFA drei Monate lang bestimmte Orte in Südafrika besitzt. Es gibt massive Zwangsräumungen wegen der WM. So werden StraßenhändlerInnen, von denen manche schon seit 20 bis 30 Jahren ihren Stand am selben Ort haben, von ihren Plätzen vertrieben. Arme Menschen werden verjagt, vor allem aus den Zonen um die Stadien herum - nur, damit die Städte für die WM-TouristInnen schön aussehen. Die WM schafft somit Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und mehr Armut.

ANTI EVICTION CAMPAIGN
WESTERN CAPE

Als Gegenveranstaltung plant ihr den »Poor People's Worldcup«. Was hat es damit auf sich?

Twalo: Arme Menschen in Südafrika haben keinen Zugang zur Weltmeisterschaft, deswegen werden wir unsere eigene Meisterschaft veranstalten. Damit wird der Raum von den Armen genutzt. Wir planen Demonstrationen, damit Menschen, die nach Südafrika kommen, sehen, dass wir von der WM ausgeschlossen sind. Wir freuen uns auf den »Poor People's Worldcup«.

Informationen zur Kampagne auf:
http://antieviction.org.za

aus iz3w Nr. 318

Die haitianische Bevölkerung schaffte selbst die Sklaverei ab, vertrieb Diktatoren, setzte militärischer Fremdherrschaft ein Ende und wählte einen Befreiungstheologen zum Präsidenten. Für den Mut, den sie dabei bewies, hat der Westen sie immer wieder teuer bezahlen lassen. Das ist keine gute Ausgangslage für den Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben vom Januar.

Im Griff des Militärs

Die Geschichte Haitis zwischen Unterdrückung und Widerstand

Einige Gründe für Haitis ungeheure Armut liegen auf der Hand: chronische Unterfinanzierung, nachteilige Handelsbedingungen, Entwaldung, Bodenerosion. Weniger bekannt ist, dass die wesentlichen Gründe für die gegenwärtige Not Haitis nicht als Ergebnis von Schwäche, Korruption oder Inkompetenz, sondern vielmehr als Antwort auf seine Stärke zu verstehen sind. Haiti ist der einzige Ort der Welt, wo die koloniale Sklaverei von den Sklavinnen selbst abgeschafft wurde, trotz der erbitterten, gegen sie gerichteten Gewalt. Einige Historikerinnen bezeichneten die Revolution, die 1791 dort begann, als eines der subversivsten Ereignisse in der gesamten modernen Geschichte.

Das unabhängig werdende Haiti war umgeben von karibischen Sklavenkolonien und grenzte an die Ökonomien der Sklavenhalter in Nord-, Zentral- und Südamerika. Die drei Großmächte der damaligen Zeit – Frankreich, Spanien und Großbritannien – entsandten sämtliche ihnen zur Verfügung stehenden Truppen, um den Aufstand niederzuschlagen. Die zunächst von Toussaint l'Ouverture und später von Jean-Jacques Dessalines geführte haitianische Armee vermochte jedoch eine europäische Armee nach der anderen zu besiegen. Ende 1803 war es der haitianischen Armee zum Erstaunen der damaligen Beobachterinnen gelungen, die Kette kolonialer Sklaverei nicht an ihrem schwächsten, sondern an ihrem stärksten Glied zu zerstören.

Dieser außergewöhnliche Sieg rief jedoch einen ebenso außergewöhnlichen Rückschlag hervor. Durch den Krieg war ein Drittel der Bevölkerung getötet worden, Haitis Städte und Plantagen lagen in Trümmern. Nach dem Kriegsende schlossen sich die Großmächte zusammen – entsetzt von dem, was der damalige französische Außenminister ein »fürchterliches Spektakel für alle weißen Nationen« nannte. Sie errichteten eine Blockade gegen Haiti, um diese beunruhigende »Bedrohung eines vorbildlichen Modells« zu isolieren und zu unterdrücken.

Handel und diplomatische Beziehungen, die für das Überleben dieser jungen Nation unabdingbar waren, wurden von Frankreich erst wieder aufgenommen, als sich Haiti zur Zahlung umfangreicher »Kompensationsleistungen« an den ehemaligen Kolonialherren bereit erklärte. Zwanzig Jahre nach seiner Unabhängigkeit entschädigte Haiti Frankreich für den Verlust seiner Sklavinnen und seines Kolonialbesitzes – mit Beträgen, die beinahe dem damaligen französischen Haushaltsbudget entsprachen.

Haiti konnte seine Schulden aufgrund der von den Kolonialkriegen zerrütteten Wirtschaft nur durch Kredite finanzieren, die es sich bei französischen Banken zu erpresserisch hohen Zinssätzen nehmen musste. Die letzten Raten gingen erst 1947 ein. Die Bitte des späteren haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide, Frankreich solle einen Teil des Geldes im Zuge der Feierlichkeiten des 200. Jahrestags der Unabhängigkeit im Jahr 2004 zurückzahlen, veranlasste die ehemalige Kolonialmacht, noch im selben Jahr den Sturz seiner Regierung zu unterstützen.

Neue Plantagen

Die Sklavinnen, die den Krieg gegen Frankreich gewonnen hatten, waren entschlossen, jede Art von Rückkehr zur früheren Plantagenwirtschaft oder ihrer industriellen Entsprechung zu verhindern. Im Laufe des 19. Jahrhunderts waren weite Teile Lateinamerikas durch die systematischen Enteignungen von Land und Ressourcen, die zuvor im Besitz von Kleinbauern oder von indigenen Gemeinschaften waren, verwüstet worden. In Haiti gab es allerdings erheblichen Widerstand dagegen. Er speiste sich aus persistenten Formen von gemeinschaftlicher Solidarität und Populärkultur: das Vertrauen in Gemeinschaftsarbeit (konbits), gemeinsame religiöse Überzeugungen sowie eine reichhaltige Tradition mündlicher Geschichtsüberlieferung. Dieser Widerstand rief wiederum heftige Gegenmaßnahmen hervor: Dazu gehörte die erste und zerstörerischste einer offenbar unaufhaltsamen Serie von US-Besatzungen, die von 1915 bis 1934 dauerte.

Die Amerikaner schafften eine ihnen lästige Klausel der haitianischen Verfassung ab, die es Ausländern untersagt

hatte, haitianischen Grundbesitz zu erwerben, und übernahmen die Nationalbank. Sie strukturierten die Wirtschaft neu, um eine regelmäßigere Zahlung der Auslandsschulden zu garantieren, verpflichteten die Landbevölkerung zu Zwangsarbeit und eigneten sich weite Landesteile zugunsten neuer Plantagen an. Allein in Nordhaiti wurden 50.000 Kleinbauern enteignet. Nutznießer war unter anderem die Haitian American Sugar Company.

Noch bedeutsamer war, dass die Amerikaner das haitianische Militär in ein Instrument umwandelten, das jegliche Opposition gegen derartige Entwicklungen unterband. Im Jahr 1918 gipfelte der Widerstand der Kleinbauern in einem weitreichenden, von Charlemagne Peralte geführten Aufstand. Die Reaktion der US-Truppen bestand laut eines besorgten US-Kommandanten in der »praktisch rücksichtslosen Ermordung von Einheimischen«.

Die nächste »Modernisierungsphase« der haitianischen Wirtschaft wurde an Diktator Francois »Papa Doc« Duvalier weitergegeben. Er kam 1957 durch Scheinwahlen an die Macht, bei denen er nur ein Viertel der Stimmen seines Konkurrenten erhielt. Vier Jahre später hatte Duvalier die letzten Reste der Verfassung beseitigt und somit die Grundlage für seine Wiederwahl gelegt, bei der er keine Gegenstimmen erhielt. Duvaliers Absicht, vollständige Kontrolle über das Land zu gewinnen, traf nicht nur auf den Widerstand der armen Landbevölkerung, sondern auch der kosmopolitisch geprägten Eliten. Beidem begegnete er mit der Aufstockung des Militärs – das Erbe seiner US-Schirmherren –mittels einer paramilitärischen Einheit, die den Spitznamen »Tontons Macoutes« erhielt. Der Name entstammt der kreolischen Mythologie und bezeichnet eine Art Butzemann, der nachts Kinder entführt. Die paranoide Grausamkeit des Duvalier-Regimes war bald berüchtigt. So wurden etwa im Herbst 1964, nachdem in der Stadt Jeremie etwa ein Dutzend junger Männer einen waghalsigen Aufstand in Gang gesetzt hatten, hunderte Angehörige ihrer Familien von Duvaliers Miliz in aller Öffentlichkeit massakriert.

Ein neoliberaler »Todesplan«

Mitte der 1960er Jahre waren 80 Prozent der haitianischen Fachkräfte und der Intellektuellen ins Ausland geflohen. Die meisten von ihnen kehrten nie wieder zurück. Schätzungen über die unter Duvalier ermordeten Personen bewegen sich zwischen 30 000 und 50 000. »Nie hatte der Terror auf eine so offensichtliche und schmachvolle Weise ein Objekt«, resümierte dies Graham Greene (dessen Roman »The Comedians« in Duvaliers Haiti angesiedelt ist). Die CIA konstatierte in den 1970er Jahren, dass »die meisten Haitianer ebenso unterdrückt wie politisch verdrossen waren«.

Diese Unterdrückung schuf die Voraussetzung für die internationale Aufzwängung neoliberaler Politik. Diese begann die haitianische Wirtschaft umzustrukturieren, als Jean-Claude Duvalier den Posten seines Vaters als »Präsident auf Lebenszeit« erbte. Sie verwandelte das Land in einen jener Orte, den internationale Investoren in der Regel gut leiden können. Die Haitianerinnen bezeichneten die neoliberale Umgestaltung bald nur noch als »Todesplan«.

Dieser Plan hatte den Rückgang der öffentlichen Ausgaben zur Folge und erzwang die Privatisierung von Haitis oft lukrativen öffentlichen Gütern, während er die Umwandlung der Wirtschaft von landwirtschaftlicher Autonomie hin zu urbaner Überausbeutung vorantrieb. Im Fall der Reisproduktion – Grundnahrungsmittel für einen Großteil der Bevölkerung – ist das besonders augenscheinlich. Mitte der 1980er Jahre war es einheimischen Bauern noch möglich, fast den gesamten in Haiti konsumierten Reis zu produzieren. Mitte der 1990er Jahre wurden die Schutzzölle zugunsten der haitianischen Bauern abgeschafft, und heute werden zwei Drittel des Reisverbrauchs durch Importe bestritten. Außerdem wird die heimische Produktion durch große Mengen von zusätzlichem »kostenlosen« Reis unterminiert, der von USAID und dessen Unterstützern, insbesondere Baptisten, Siebenten-Tags-Adventisten und anderen Kirchen, auf den Markt geworfen wird.

Das Wachstum im Textil- und Leichtindustriesektor sollte den Zusammenbruch der Landwirtschaft ausgleichen. Eine Zeitlang lockten die niedrigsten Löhne der nördlichen Hemisphäre vor allem amerikanische Firmen und Unternehmer in die Region, wodurch rund 80.000 Personen Beschäftigung fanden. Währendessen kümmerten sich Militär und Paramilitär darum, die Bedrohung durch gewerkschaftliche Organisierung klein zu halten. Durch das Zusammenwirken von internationalem Wettbewerb auf der einen sowie lokaler »Instabilität« auf der anderen Seite, verringerte sich Ende der 1990er die Zahl der in Sweatshops Beschäftigten auf 20.000. Ihre Löhne, die bei etwa 2 US-Dollar pro Tag gelegen hatten, fielen auf weniger als ein Fünftel des Niveaus von 1980.

Befreiung auf der Agenda

Solche und andere bittere Erfahrungen zwangen die Armen Haitis, schlagkräftige Mittel zu finden, sich gegen ihre Unterdrücker zur Wehr

zu setzen. Im Laufe der 1980er entstand aus der Opposition gegen Duvalier und die neoliberale Wirtschaftspolitik eine handlungsfähige Massenbewegung. Dieser gelang es 1986 zunächst, Duvalier und seine Macoutes niederzuzwingen und 1990 schließlich – nach einem Zusammenbruch des Militärs, der weiteren tausend Menschen das Leben gekostet hatte – die direkte Herrschaft des Militärs zu überwinden. Die internationalen Unterstützer der Armee sahen sich widerstrebend gezwungen, die ersten wirklich demokratischen Wahlen in Haiti anzuerkennen. Sie brachten Anfang 1991 den Befreiungstheologen Jean-Bertrand Aristide mit seiner antikapitalistischen und antimilitaristischen Agenda an die Spitze des Landes.

Haiti war das erste Land Südamerikas, das es gewagt hatte, einen Befreiungstheologen zum Präsidenten zu wählen – ein entscheidender, aber oftmals vernachlässigter Aspekt der jüngeren Geschichte. Die katholische Kirche war lange Zeit ein stabiler Pfeiler des Status quo gewesen. Ihre teilweise Verwandlung in eine gut organisierte Triebfeder der »Selbstemanzipation der Unterdrückten« während der 1970er Jahre fand in ganz Lateinamerika Resonanz.

Im Pentagon erkannte man schnell, dass – wie es ein amerikanischer Militär ausdrückte – »die ernsthafteste Bedrohung für US-Interessen weder säkularer Marxismus-Leninismus noch gewerkschaftliche Organisierung waren, sondern die Befreiungstheologie«. Papst Johannes Paul II und Joseph Ratzinger gelangten zur selben Schlussfolgerung, wie auch ihre amerikanischen Kollegen von der religiösen Rechten. Waren es vor dreißig Jahren in Haiti nur eine Handvoll kleiner evangelikaler Kirchen, die politische Resignation und passives Zutrauen in Gottes Gnade predigten, sind es heute mehr als 500.

Dennoch veränderte die Wahl Aristides 1990 das Kräftegleichgewicht innerhalb Haitis dauerhaft. Politisch motivierte Gewalt kam vorerst zu einem abrupten Ende. »Wir sind zu Subjekten unserer eigenen Geschichte geworden«, so Aristide einige Jahre vor seiner Wahl, und »wir weigern uns von nun an, die Objekte dieser Geschichte zu sein«.

Groteske Ungleichheiten

Diese Haltung ist seitdem der Schlüssel zum Verständnis der Politik Haitis, das nicht nur das verarmteste Land der westlichen Welt ist, sondern mittlerweile auch jenes mit den größten Asymmetrien bei der Verteilung von Wohlstand und Macht. Inmitten von Millionen der ärmsten Menschen der Welt lebt eine äußerst kleine Minderheit in paranoidem Luxus. Aus Sicht der Eliten ist Haitis Problem recht einfach: Wie ist es – nachdem die Tür zur Demokratie aufgestoßen worden war –möglich, diese groteske Ungleichverteilung von Besitz und Privilegien aufrecht zu erhalten?

Als Aristide zum ersten Mal gewählt wurde, bestand immer noch die Möglichkeit, das Problem in gewohnter Manier zu lösen: Im September 1991 unterbrach ein erneuter US-gestützter Militärputsch Haitis »Übergang zur Demokratie«. Als die USA Ende 1994 dem politisch geschwächten Aristide letztlich die Rückkehr erlaubten, gelang es diesem dennoch, die Politik Haitis über Nacht einschneidend zu verändern: Er löste jene Armee auf, die ihn abgesetzt hatte.

Für die Geschäftsleute und Sweatshop-Betreiber, deren Interessen bis dahin von der Armee geschützt worden waren, hatte deren Wiederaufbau oberste Priorität. Diese Notwendigkeit wurde umso dringlicher, als Aristide im Jahr 2000 mit noch größerer Mehrheit wieder gewählt wurde. Er wurde dabei zum ersten Mal von der politischen Organisation Fanmi Lavalas unterstützt, die rund 90 Prozent der Parlamentssitze erhielt.

Die folgenden zehn Jahre des Kampfes verliefen entlang der grundlegenden Alternative: »Lavalas oder Militär«. Die rechten politischen Eliten Haitis gingen unangenehmen Fragen aus den Weg, indem sie sie unter Zuhilfenahme von Schlagwörtern wie Kriminalität, Sicherheit und Stabilität neu formulierten –allesamt Begriffe, die Soldaten ins Spiel brachten. Die rücksichtslose Anwendung dieser Strategie in Folge des Lavalas-Wahlsiegs führte Anfang 2004 zu einem international finanzierten Putsch, der gerade noch rechtzeitig kam, die Feierlichkeiten zur 200-Jahr-feier von Haitis Unabhängigkeit zu verhindern. Da sich die US-Truppen nicht mehr dabei auf Haitis Militär verlassen konnten, eine ordnungsgemäß gewählte Regierung ein zweites Mal zu stürzen, waren sie gezwungen, Aristide selbst aus Port-au-Prince zu entfernen. Mitte 2004 übernahm eine umfangreiche »Stabilisierungsmission« der Vereinten Nationen die Aufgabe, mithilfe von Soldaten aus den USA, Frankreich sowie Kanada eine aufgebrachte Bevölkerung zu befrieden. Ende 2006 waren die Opferzahlen unter Aristides Anhängerinnen auf mehrere Tausend angestiegen.

Der gegenwärtige Präsident Rene Preval, der dieses UN-Protektorat angeblich regiert, erklärte sich im vergangenen Jahr mit Folgendem einverstanden: Verlängerung des Mandats für die Stabilisierungsmission der UN; Festhalten an der Privatisierung des übrig gebliebenen öffentlichen Eigentums in Haiti; Veto gegen den Plan, einen Mindestlohn von 5 Dollar pro Tag einzuführen; und mit dem Ausschluss von Fanmi Lavalas und einiger anderer politischer Parteien von den nächsten Parlamentswahlen.

Nach dem Erdbeben

Die Katastropheneinsatzleitung nach dem Erdbeben vom 12. Januar oblag US- und UN-Kommandanten. Deren Entscheidung, militärische Zielvorgaben und Sicherheit über zivil-humanitäre Ziele zu stellen, hat zehntausende zusätzliche Todesopfer verursacht. Mit Nothilfegütern beladene Flugzeuge wurden vom Katastrophengebiet ferngehalten, um dort den Aufbau eines riesigen und vollkommen unnötigen US-Stützpunkts zu ermöglichen. Viele tausend Menschen wurden in den Trümmern der Armutsviertel von Port-au-Prince ihrem Tod überlassen, während internationale Rettungsteams ihre Anstrengungen auf einige wenige Einsatzorte (wie das Montana Hotel oder das UN-Hauptquartier) konzentrierten, die in einen »Sicherheitsbereich« eingegliedert werden konnten.

Aus dem gleichen Grund wurden während der gesamten ersten Woche der Katastrophe dringend benötigte medizinische Hilfsgüter für Feldlazarette reserviert, die sich in der Nähe des vom US-Militär kontrollierten Flughafens und anderer »Sicherheitszonen« befanden. Krankenhäuser im »unsicheren« Teil von Port-au-Prince hingegen – vollkommen überfordert mit der Vielzahl sterbender Patienten – waren gezwungen, unzählige Amputationen ohne Narkose und Medikamente durchzuführen. Andere, noch »unsicherer« geltende Gebiete wie Carrefour und Leogane erhielten bis zu zehn Tage nach der Katastrophe kaum Hilfe, obwohl sie in unmittelbarer Nähe zum Epizentrum des Erdbebens liegen.

Die krankhafte Überbetonung von »Sicherheit« wird in der nächsten Zeit alle Bemühungen für den Wiederaufbau und damit auch die Ausrichtung der Politik in Haiti entstellen – sofern es keiner erneuten Bewegung gelingt, dies zu unterbinden, sowohl in Haiti selbst als auch darüber hinaus. Mit den immer größer werdenden Wiederaufbaufonds steigt der Druck, die Überbleibsel von Haitis öffentlichen Einrichtungen und kollektivem Landbesitz zu enteignen. Zugleich werden in enger Zusammenarbeit mit der gegenwärtigen Besatzungsmacht das Wachstum von Haitis boomender Sicherheitsindustrie und möglicherweise auch der Wiederaufbau der haitianischen Armee vorangetrieben. Jener Armee, die Aristide 1995 erfolgreich demobilisiert hatte.

Sicher ist bereits jetzt, dass im Falle einer unkontrollierten Militarisierung die Opfer des Erdbebens nicht die einzigen vermeidbaren Verluste im Jahr 2010 gewesen sein werden.

von Peter Hallward
(www.haitianalysis.com)

Wie rot sind die Rothemden?

Aufgrund der politischen und sozialen Widersprüche in Thailand eskaliert der Konflikt

Seit Anfang März demonstrieren in Bangkok wieder die „Rothemden". (ak 539) Ihre Forderungen klingen zunächst wenig spektakulär: die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Ihre Entschlossenheit und die Eskalation der Proteste verweisen jedoch darauf, dass hier ein tiefer gesellschaftlicher und politischer Konflikt ausgetragen wird. In der ersten Woche ließen sich die DemonstrantInnen Blut abnehmen und vergossen es mit Kanistern „für die Demokratie" vor dem Regierungssitz; mittlerweile ist aus dem symbolischen Protest makabere Realität geworden - es herrscht Bürgerkrieg. Nach Kämpfen mit dem Militär starben mittlerweile mehr als 50 Menschen, unzählige wurden verletzt und die DemonstrantInnen haben sich in „Roten Zonen" hinter Barrikaden verschanzt.

Die Rothemden, die sich offiziell Vereinigte Front für Demokratie und gegen Diktatur nennen, werden von der thailändischen Presse bestenfalls als naive Bauerntölpel dargestellt, die von Thaksins populistischen Programmen geködert wurden. (1) Schlimmstenfalls bezichtigt man sie als Thaksins bezahlte Schlägertrupps oder schlicht als TerroristInnen. Die Ignoranz der thailändischen Eliten, die den DemonstrantInnen jede politische Urteilskraft abspricht, hat die Rothemden jedoch erst entstehen lassen. Am Anfang waren es nur eine Handvoll Intellektuelle und DemokratieaktivistInnen, die im September 2006 gegen den Putsch demonstrierten. Angesichts der Panzer war ihre Aktion mutig, jedoch nicht geeignet, eine große Zahl Menschen zu mobilisieren.

Kämpfe für Demokratie und Repräsentation

Bangkok war damals geprägt von den Gelben, einer breiten Bewegung von in Ungnade gefallenen MitstreiterInnen Thaksins, denen sich auch soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angeschlossen hatten. Die Gelben hatten - ebenfalls unter dem Banner der Demokratie - wochenlang vergeblich gegen Thaksins autoritäre Regierung demonstriert. Mit dem Putsch arrangierten sie sich allerdings schnell: Für sie war es nur ein „Hiatus", ein kurzeitiges Aussetzen der Demokratie, um den „Betriebsunfall Thaksin" zu beheben. Dabei ging die vom Militär eingesetzte Regierung vor, als hätte sie einen politischen Blanko-Scheck, eilig wurde eine neue Verfassung durchgepaukt. Als bei der nächsten Wahl das Thaksin-Lager erneut mit deutlicher Mehrheit gewann, schickte man die Gerichte vor. Der gewählte Ministerpräsident Samak aus dem Thaksin-Lager wurde seines Amtes enthoben und die gesamte Partei wurde gerichtlich verboten.

Anders als die Gelben interpretierten die Roten den Putsch als Sündenfall und die danach folgenden Interventionen als Beweis, dass Mächte hinter den Kulissen Militär, Gerichte und andere Institutionen in ihrem Sinne steuern. Diese Vorgänge brachten schließlich Thaksin-AnhängerInnen und DemokratieaktivistInnen zusammen und befeuern seither einen Prozess der Selbstorganisation, der die soziale Zusammensetzung der Roten verändert hat. Zunächst waren es mehrheitlich AnhängerInnen Thaksins aus den Provinzen, die sich nach der Zerschlagung der Partei neu organisierten. Mittlerweile zählen auch Teile der Bangkoker Mittelschicht dazu. Der Riss zwischen den Lagern geht nun quer durch die Familien und Schichten. Viele der „neuen Roten" bewegt dabei weniger Thaksins Schicksal, sondern vielmehr die prinzipielle Frage nach politischer Repräsentation.

Im Zuge der Auseinandersetzungen entstanden in Bangkok rote Nachbarschaftsgruppen. Sie treffen sich im Erdgeschoss ihres Wohnblocks z.B. bei der Kioskbetreiberin, schauen über Satellit den roten Kanal - den Propaganda-Sender Thaksins - und debattieren über die aktuellen politischen Entwicklungen. Zu Demonstrationen fahren sie gemeinsam mit dem Pick-Up. In den oberen Etagen des Einkaufszentrums Big-C außerhalb der Innenstadt war in den Wochen vor Beginn der Demonstrationen so etwas wie das Hauptquartier der Bewegung entstanden. Immer mehr der leer stehenden Geschäftsräume wurden übernommen. Rote Läden entstanden, wo neben Kampagnenmaterial - roten T-Shirts, Stirnbändern oder Informationsbroschüren - auch Thaksin-Devotionalien verkauft werden.

Thaksins Regierungszeit zeichnete sich durch Sozialprogramme, neoliberale Umstrukturierungen und einen höchst autoritären Regierungsstil aus. Dass er nun zur Gallionsfigur einer roten Demokratiebewegung geworden ist, ist Ironie der Geschichte und eine Folge einer Fehleinschätzung der royalistisch-konservativen Eliten. Diese glaubten, über einen Putsch den ungeliebten Konkurrenten loswerden zu können.

Veränderte soziale Zusammensetzung der Roten

Die Heterogenität der Bewegung hat jedoch zur Folge, dass die Roten kein ausgearbeitetes Programm und keine klare Zukunftsvision haben. Ideologischen Zusammenhalt stiften erst seit kurzem landesweit organisierte „Schulen für Demokratie" - eine Art politische Volkshochschule, wo Begriffe der Demokratietheorie und Sozialstruktur Thailands vermittelt werden. Die Farbe Rot symbolisiert jedoch keine Orientierung an linken oder kommunistischen Bewegungen. Vielmehr fassen die Roten ihre Kritik in Kategorien der Feudalzeit. Thailand werde von einer Aristokratie (Amataya) beherrscht, die Sonderrechte für sich in Anspruch nimmt und die einfachen Leute als Unfreie (Phrai) entmündigt.

Rote T-Shirts mit dem Aufdruck „Phrai" entwickelten sich zum Erkennungszeichen mit großer Identifikationskraft. Ihre Analyse der Verhältnisse ist jedoch ambivalent: Einerseits schwingt beim Begriff Phrai der Unterton einer Blut-und-Boden-Ideologie mit, der auch bei der Aktion des symbolischen Blutvergießens angestimmt wurde. Und dass die Roten bereit sind, um der Mobilisierung willen eine populistische Klaviatur zu bedienen, zeigte sich bei ihrem Angriff auf die Gay-Pride-Parade in Chiangmai.

Ambivalente Bewegung gegen die Aristokratie

Andererseits hat sich im Verlauf der Proteste die Analyse geschärft und als anschlussfähig für linke Gewerkschaften und Intellektuelle erwiesen, die sonst mit dem neoliberalen Manager Thaksin als Gallionsfigur ihre Probleme hatten. Viele verteidigen ihr Engagement durch eine Gedankenfigur, wie sie auch gegenüber der Wirtschaftspolitik der chinesischen KP vorgetragen wird. Da Thailand noch im Zustand des Feudalis-

mus verhaftet sei, müsse die neoliberale Entfesselung des Kapitalismus unter Thaksin als notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg zum Sozialismus in Kauf genommen werden.

In den Lehrbüchern der Schulen für Demokratie finden sich Bilder der französischen, nicht der russischen Revolution. Offiziell geht es den Roten um gleiche Standards und nicht um Umverteilung. Hinter den Protesten steht jedoch eine soziale Frage. Das wurde deutlich, als die Roten zu Beginn ihrer Demonstration in einem Konvoy durch das Geschäftsviertel von Bangkok fuhren: Vom Straßenrand und aus den Häuser mit den glitzernden Fassaden jubelten ihnen zahllose der sonst unsichtbaren ArbeiterInnen zu: Putzkräfte, NachtwächterInnen, Motoradboten, GarküchenbetreiberInnen etc. Weniger die Anzahl der aus der Provinz angereisten ProtestlerInnen, sondern der spontane Beifall in Bangkok ließen das royalistisch-konservative Regierungslager erstarren. Denn es wurde deutlich, welche Sprengkraft hinter der Forderung nach Auflösung des Parlaments steht: Neuwahlen würden in der jetzigen Situation zu einer fundamentalen Umverteilung der Macht führen. Ob bei einer Neuverteilung auch die Rolle der Monarchie zur Debatte steht ist ebenso ambivalent wie die Rolle Thaksins und die Gesellschaftsanalyse der Roten.

Einige Rote verpacken eine Art republikanische Gesinnung so geschickt, dass die Grenzen verschwimmen. Anstelle des gegenwärtigen Königs Bhumipol verehren sie die historische Figur König Daksin. Dieser ist in die Geschichtsbücher eingegangen, weil er nach der verheerenden Zerstörung der alten Hauptstadt Ayutthaya durch die Burmesen die Siamesen militärisch einigte. Das heutige Bangkok machte er zur neuen Hauptstadt und regierte dort als König einer neuen Dynastie von 1768 bis 1782. Nicht nur der Name dieses einzigen Königs der sog. Tomburi-Dynastie ähnelt verblüffend dem geschassten Thaksin Shinawatra. Brisant wird der Bezug auf ihn wegen des Verhältnisses zur jetzigen Dynastie: Daksin wurde von Rama I, dem Gründer der heute herrschenden Chakri-Dynastie gestürzt und hingerichtet. Die Geschichtsbücher behaupten, Daksin sei größenwahnsinnig geworden und musste deshalb entthront werden. Viele Roten sehen hier eine Parallele zu Thaksin, der durch den vom König abgesegneten Putsch 2006 aus dem Amt entfernt wurde. Die Rothemden begannen ihre Proteste am 12. März dieses Jahres mit Beschwörungszeremonien an den Denkmälern von König Daksin und sendeten so ein starkes Symbol aus: Sie bekräftigen zwar ihre Loyalität zur Monarchie, jedoch nicht zur jetzigen Dynastie, sondern zu einer Dynastie, deren Gründer frappierende Ähnlichkeit mit Thaksin zeigt.

Über die Forderung nach Auflösung des Parlaments und Neuwahlen konnten die Rothemden eine breite politische Bewegung mobilisieren. Ob sie die gesellschaftlichen Widersprüche, der die Bewegung ihre Dynamik verdankt, in politische Forderungen übersetzen können, ist noch offen. Die Zeichen dafür stehen denkbar schlecht: Die Regierung scheint entschlossen, die Roten mit aller Gewalt zu zerschlagen. Bei ihrer bisherigen Organisierung haben die Roten eine starke Entschlossenheit, Ausdauer und Kreativität bewiesen. Als Bewegung im Untergrund und unter bürgerkriegsartigen Umständen wird es jedoch kaum möglich sein, jenseits der Symbolfigur Thaksin ein politisches Programm zu entwickeln.

Wolfram Schaffar, 15. Mai 2010

Anmerkung:
1) Der Millionär und populistische Politiker Thaksin Shinawat war zwischen 2001 und 2006 Premierminister und stand der Partei Thai Rak Thai vor, die bis zum Militärputsch im September 2006 regierte.

geklaut aus: ak 550

Sexismus bekämpfen

Gegen die sexuelle, ökonomische, körperliche und psychische Ausbeutung von FrauenLesben

kurz:

Frauenlesben greift an!

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Mo.	21:00	Mumia-Bündnis
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Juli 2010

Sa.	3.7.	22:00	Spontanparty
Fr.	9.7.	23:00	Drum`n Bass Party: Rehab
Sa.	10.7	22:00	Frauendisco ‚La Luna'
Sa..	17.7.	22:00	Männerfabrik
Fr.	23.7.	22:00	Mash up di place – Reggae Dancehall
Sa.	24.7.	23:00	Techno/House-Party SummerSpecial (LesBiGay)
Di.	27.7.	21:00	Subklub: Kranke Musik mit Doktor Böhm
Do.	29.7.	21:00	Konzert: Thought police Policebrutalicy
Sa.	31.7.	22:00	Rosa Disco

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe

August 2010

Fr.	6.8.	22:00	Mash up di place – Reggae Dancehall
Sa.	7.8.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Fr.	13.8.	23:00	‚Ballerburg' Goaparty
Sa.	14.8.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Sa.	21.8.	22:00	Männerfabrik
Fr.	27.8.	21:00	Circus Gala
Sa.	28.8.	22:00	Rosa Disco